Schmidt in Brasilien: Atomvertrag bestätigt Seite 10

1 H 3752 CX

Proletarier aller Lander und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



RUB Bochum
S2D 3426

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 15, 13. April 1979 | 13. Jahrgang | 50 Pfennig

6.000 Gewerkschafter fordern in Stuttgart

Aussperrung muß verboten werden!

Rund 6.000 Kolleginnen und Kollegen beteiligten sich am letzten Samstag auf dem Stuttgarter Killesberg an einer Großkundgebung des DGB gegen den Aussperungsterror der Unternehmer. Sie demonstrierten ihre Entschlossenheit, die Anwendung dieses brutalen Machtmittels nicht mehr zu dulden und für das Verbot der Aussperrung zu kämpfen.

Gerade auch in Baden-Württemberg haben die Kollegen ihre Erfahrungen mit dem Aussperrungsterror gemacht. So waren im Frühjahr vergangenen Jahres gleichzeitig die Druckereiarbeiter und die Metaller ausgesperrt.



Auch während des Stahlstreiks: Kollegen fordern das Verbot der Aussperrung

Gleich in drei Arbeitskämpfen haben die Kapitalisten im vergangenen Jahr versucht, mit dem Mittel der Aussperrung den Widerstand der Arbeiterklasse gegen Rationalisierungsfeldzüge, Arbeitsplatzvernichtung und verschärfte Ausbeutung niederzuschlagen: beim Drukkerstreik, beim Kampf der schwäbischen Metaller und beim Kampf der Stahlarbeiter im vergangenen Winter.

Mit der Aussperrung demonstrieren die Unternehmer zynisch ihre Macht über die Lohnabhängigen, die sie als Ausbeuter, als Herren der Fabriken haben. Sie greifen damit skrupellos das Streikrecht der Arbeiterklasse an und wollen den gewerkschaftlichen Kampf überhaupt unterdrücken. Aber in Betrieb und Gewerkschaft wächst gegen diesen Vorstoß die Empörung und Kampfbereitschaft.

oas zeigt auch die starke Beteiligung an der DGB-Kundgebung auf dem Killesberg. IGM-Chef Loderer allerdings versuchte, getarnt durch wortradikale Sprüche, diese Kampfbereitschaft abzuwiegeln. Er sprach sich ausdrücklich gegen den Kampf für ein gesetzliches Verbot der Aussperrung aus. Nach Loderer sollen wir stattdessen darauf hoffen, daß das Bundesarbeitsgericht einsieht, daß die Aussperrung unsozial ist und sie für unzulässig erklärt.

Daraus aber wird nichts! Kampf dem Aussperrungsterror der Unternehmer! Für ein gesetzliches Verbot der Aussperrung!

Heraus zum 1. Mai!

Aufruf des Zentralkomitees der KPD/ML

Kolleginnen und Kollegen! Genossinnen und Genossen!

Die KPD/ML ruft euch auf: Demonstriert an diesem 1. Mai machtvoll eure Solidarität und Kampfentschlossenheit gegen die Angriffe der Kapitalisten und ihrer Bonner Regierung! An diesem 1. Mai stehen vor allem zwei Forderungen im Mittelpunkt unseres Kampfes gegen die Unternehmer:

- **Für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich!**
- **Für das gesetzliche Verbot der Aussperrung!**

Mehr als eine Million Kolleginnen und Kollegen sind heute arbeitslos. Fünf Millionen sollen es nach offiziellen Schätzungen im Laufe der 80er Jahre werden. Denn mit einem ungeheuren Rationalisierungsfeldzug, mit verschärfter Ausbeutung in den Betrieben und der massenhaften Vernichtung von Arbeitsplätzen wollen die Unternehmer die Lasten der kapitalistischen Krise auf uns Arbeiter und kleine Angestellte abwälzen. Durch die Erkämpfung der Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit könnten wir diesen Feldzug der Kapitalisten zur Vernichtung unserer Arbeitsplätze durchkreuzen.

Der Kampf für die 35-Stunden-Woche ist kein Spaziergang. Das hat der Streik der Stahlarbeiter gezeigt. Je mehr sich die kapitalistische Krise verschärft, desto deutlicher wird, daß sich die Interessen der Arbeiterklasse und die Interessen der Kapitalisten unversöhnlich gegenüberstehen. Aus reinem Profitinteresse lehnen die Unternehmer bisher die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit strikt ab und sind zu keinem ernsthaften Zugeständnis bereit.

Und die Gewerkschaftsführung? Die Herb und Loderer haben den Kampf der Stahlarbeiter verraten. In der Metalltarifrunde hat die IGM-Führung mit den Unternehmern die Festschreibung der 40-Stunden-Woche für die nächsten fünf Jahre vereinbart. Ebenso die IG-Chemie-Führung. Diese Erfahrungen zeigen, daß sich die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich nur im konsequenten Kampf gegen Bosse und Bonzen durchsetzen läßt.

Mit brutalem Aussperrungsterror wollten die Unternehmer ihre Profitinteressen gegen die kämpfenden Stahlarbeiter durchsetzen. Über fünf Millionen Arbeiter und kleine Angestellte wurden seit Bestehen der Bundesrepublik von den Unternehmern ausgesperrt. Die Aussperrung ist ein massiver Angriff auf das Streikrecht der Arbeiterklasse und auf den organisierten, gewerkschaftlichen Kampf. Deshalb muß das gesetzliche Verbot der Aussperrung erkämpft werden.

Überlassen wir den 1. Mai nicht den bürgerlichen Politikern mit ihren Sonntagsreden und den DGB-Führern mit ihrem Sozialpartnerschaftsgeschwätz. Demonstrieren wir für die Interessen und Forderungen der Arbeiterklasse. Gegen Arbeitslosigkeit und Aussperrungsterror! Für die 35-Stunden-Woche und für das Verbot der Aussperrung!

Der 1. Mai ist der internationale Kampftag der Arbeiterklasse. Wir demonstrieren unsere Solidarität mit den Arbeitern aller Länder, mit den um ihre Befreiung kämpfenden Völkern. Gemeinsam mit ihnen demonstrieren wir am 1. Mai gegen Imperialismus und Kapitalismus, Faschismus und Rassismus und gegen jede Reaktion, für eine Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung, mit Arbeit für jeden und Freiheit und Demokratie für alle Werktätigen. Für den Sozialismus!

Heraus zum 1. Mai!

Warnstreiks bei Banken und Versicherungen

Die diesjährigen Lohnrunden spielen sich vor dem Hintergrund einer massiven Steigerung der Lebenshaltungskosten und gewaltiger Profite der Unternehmer ab. In ihrem Frühjahrsgutachten sagten die fünf führenden wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute einen Preisanstieg von 4 Prozent für 1979 voraus; die Prognose der Bundesregierung hatte auf 3 Prozent gelautet. Für März wurde bereits ein Anstieg der Lebenshaltungskosten um 3,3 Prozent ermittelt.

In der Tarifauseinandersetzung Handel, Banken und Versicherungen kam es zu Aktionen der betroffenen Angestellten. Ende März kam es bei einer Westberliner Großbank zu einem Warnstreik von 120 Angestellten. Am Wochenende demonstrierten in Hamburg einige hundert Bank- und Versicherungsangestellte mit einem Autokorso. Für diese Woche hat die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen zu weiteren Warnstreiks aufgerufen. — Die Gewerkschaft fordert Gehaltserhöhungen von 5,8 bzw. 7,2 Prozent im Bankgewerbe und von 5,8 Prozent in der Versicherungswirtschaft sowie sechs Wochen Urlaub für beide Bereiche. Die Tarifverträge für die 300.000 Angestellten im Bankgewerbe und die 200.000 Versicherungsangestellten waren Ende Februar ausgelaufen. Am 23. März war die dritte Verhandlungsrunde ergebnislos auf den 10. April vertagt worden. — Banken und Versicherungen hatten 1978 zweistellige Zuwachsraten zu verzeichnen.

Baupleite vernichtet 18.000 Arbeitsplätze

Einer der sechs größten Baukonzerne der Bundesrepublik, die Düsseldorfer Beton- und Monierbau AG, geht pleite. Der angehäufte Schuldenberg beträgt mittlerweile eine Milliarde Mark. Ende März hatte die Westdeutsche Landesbank — Hauptgeldgeber der Firma — den Baukonzern fallen lassen. Auch in diesem Fall muß für die kapitalistische Katastrophenwirtschaft wieder der Arbeiter zahlen. Durch den Ruin werden 18.000 Arbeitsplätze im In- und Ausland vernichtet. 5.740 Arbeitsplätze sind es allein in er Bundesrepublik. Von den betroffenen Angestellten sind 1.000 über 45, von den Arbeitern 1.300 über 50 Jahre alt. Bei der gegenwärtigen Arbeitsmarktlage finden sie kaum wieder eine neue Stelle.

Rückgang der Arbeitslosigkeit?

Nach offiziellen Angaben ist die Arbeitslosigkeit im Monat März unter die Millionengrenze gefallen. Allerdings sind viele Frauen, die Halbtagsarbeit suchen, nicht registriert, ähnlich ist es mit Schulabgängern, die keine Lehre oder Arbeitsstelle finden.

Im Bundesdurchschnitt betrug die Arbeitslosigkeit im März 4,2 Prozent. In Ballungsräumen allerdings ist die Quote weiterhin überdurchschnittlich hoch. Im Ruhrgebiet sind nach wie vor 6,4 Prozent arbeitslos, in Gelsenkirchen gar 8 Prozent.

Analysiert man den Rückgang der Arbeitslosigkeit genauer, so stellt man fest, daß auch in anderer Hinsicht keine wirkliche Besserung eingetreten ist. Während die Männerarbeitslosigkeit um 23,5 Prozent abnahm, verringerte sich die Frauenarbeitslosigkeit lediglich um magere 5,7 Prozent.

Die Schere zwischen dem Landesdurchschnitt NRW und dem Ruhrgebiet wird zunehmend größer. Im Landesdurchschnitt ging die Arbeitslosigkeit um 15,6 Prozent zurück, im Revier nur um 6,6 Prozent.

In Bereichen, wo viele Großbetriebe angesiedelt sind, marschiert die Rationalisierung besonders schnell. Daß im Revier jeder vierte Arbeitslose bereits länger als ein Jahr arbeitslos ist, zeigt die drastische Verschlechterung der Lebenslage.

Trotzdem feiern die Kapitalisten den „Rückgang" der Arbeitslosigkeit, kündigen aber im gleichen Atemzug Massenentlassungen an – zum Beispiel in der deutschen Uhrenindustrie sind 5000 Arbeitsplätze in Gefahr.

Demonstrationen der AKW-Gegner in aller Welt

Unter dem Eindruck des Atomunglücks von Harrisburg kam es am vergangenen Wochenende in Westdeutschland und in der ganzen Welt wieder zu großen Demonstrationen und Kundgebungen der Atomkraftgegner.

In der Bundesrepublik demonstrierten über 100.000 Menschen gegen den Bau und Betrieb von Kernkraftwerken, gegen das Atomprogramm der Bundesregierung und gegen die geplante Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben. Zu einer Kundgebung auf dem Römer in Frankfurt kamen 5.000 Menschen; weitere Demonstrationen fanden in Hamburg, Braunschweig, Stuttgart, Münster, Dortmund, Landshut statt. Aus Protest gegen das Gefängnisurteil gegen die Grohnde-Demonstranten Helmut Oldefest wird die Hamburger Petrikirche seit über einer Woche besetzt gehalten.

Auch in den USA, den Niederlanden, in Schweden und Australien kam es zu großen Demonstrationen. In San Francisco protestierten 10.000 Menschen gegen ein geplantes Kernkraftwerk; in Crocton/Connecticut wurden von 3.000 Demonstranten gegen den Stapellauf eines Atom-U-Bootes 200 festgenommen. In Stockholm gingen 10.000 AKW-Gegner auf die Straße, in Sydney 30.000.

Im Atommeiler „Three Mile Island" hatten die „Experten" in der letzten Woche indes die Situation immer noch nicht unter Kontrolle. Am vergangenen Freitag fiel erneut die Kühlung des Reaktorkerns aus; wieder entwich radioaktiver Dampf in die Atmosphäre (siehe auch Seite 3).



Eine der vielen Demonstrationen und Kundgebungen von Atomkraftgegnern an diesem Wochenende: Eine fast einstündige Großkundgebung von 5.000 AKW-Gegnern auf dem Römerberg in Frankfurt

Kommentar

Staubexplosion in einer Velberter Metallschleiferei — sieben Arbeiter getötet. Wieder ein grauenvoller Betriebsunfall. Vor wenigen Wochen erst mußten sieben Kumpel der Zeche Hansa ihr Leben lassen; im Februar waren es vier Bergleute auf der Zeche „Haus Aden"; 14 Arbeiter starben in den Trümmern der Rolandmühle in Bremen ...

Tod am Arbeitsplatz

„Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit". So steht es als eines der Grundrechte in der Verfassung dieses Staates geschrieben. Für die Witwen und Kinder der am Arbeitsplatz getöteten Kollegen muß ein solcher Satz wie nackter Hohn klingen. „Jeder hat das Recht ..." Aber alle zwei Stunden verliert ein Werktätiger in unserem Land sein Leben im Betrieb. Alle 15 Sekunden gar gibt es einen Betriebsunfall. In Zahlen: über zwei Millionen gemeldete Arbeitsunfälle im Jahr, davon mehr als 4000 mit tödlichem Ausgang.

Seit Bestehen dieses Staates hat sich die Zahl der Arbeitsunfälle verdoppelt. Heute liegt die Deutsche Bundesrepublik mit ihrer erschreckenden Bilanz auf einem der führenden Plätze der Weltstatistik. Und wer trägt die Schuld an dieser Bilanz des Todes, der millionenfachen kleinen und großen Unfälle? Es sind die kapitalistischen Ausbeuter, die in ihrer Gier nach Profit bewußt die Sicherheitsbestimmungen verletzen, die zudem ständig die Arbeitshetze verschärfen und damit die Werktätigen zwingen, bei der Arbeit den eigenen Schutz immer mehr zu vernachlässigen. Was in der kapitalistischen Produktion zählt, ist nicht das Leben, die Gesundheit des Arbeiters, sondern einzig der Gewinn, den er den Ausbeutern bringt.

Wo bleiben da die vielbeschworenen Grundrechte? Gewiß, es gibt ein Arbeitssicherheitsgesetz, es gibt andere Vorschriften, die den Werktätigen im Betrieb schützen sollen. Aber in der Praxis haben sie nicht bewirkt, daß die Zahl der Unfälle zurückgegangen wäre. Das ist auch nicht verwunderlich. Nehmen wir nur die Arbeit der Gewerbeaufsichtsämter, die über die Sicherheit im Betrieb wachen sollen. Im Jahr 1976 haben sie 250.000 Betriebe überprüft und dabei sage und schreibe 1,5 Millionen Verstöße gegen den Unfallschutz festgestellt. Diese Tatsache beweist dringlich die Notwendigkeit der schärfsten Kontrolle durch die Ämter. Aber dennoch blieben die meisten Betriebe ungeprüft (es sind über 1,6 Millionen, die der Prüfpflicht unterliegen), weil sich die dafür zuständigen Landesregierungen weigern, die Gewerbeaufsichtsämter mit dem notwendigen Personal auszustatten.

Und auch dort, wo geprüft wird, ist es nur zu oft so, daß der Besuch des Aufsichtsamts vorher angekündigt wird und die Unternehmer damit die Möglichkeit haben, eigens für die Kontrolle Schutzvorrichtungen usw. anzubringen, die dann hinterher wieder abgebaut werden. Und schließlich: Wenn den Kapitalisten ein Verstoß gegen die Sicherheitsbestimmungen nachgewiesen werden kann, kommen sie mit lächerlich geringen Geldstrafen davon. Kein Fall ist bekannt, wo einer dieser Profithaie, die Tod und Unglück über die Arbeiterfamilien bringen, eine gerechte Bestrafung gefunden hätte.

Wer in diesem Land das Gesetz macht, wird vollends deutlich, wenn man sich den alarmierenden Anstieg der Berufskrankheiten ansieht, zurückzuführen vor allem auf die zunehmende Verseuchung der Arbeiter durch giftige Werkstoffe. In diesem Land gibt es keine Vorschrift, nach der die Gewerbeaufsicht Untersuchungen über gesundheitsschädigende Stoffe in den Betrieben vornehmen könnte. Es gibt nicht einmal eine Meldepflicht, wenn ein Unternehmen einen neuen Werkstoff einführt, über dessen Auswirkungen auf die Gesundheit der Arbeiter noch keine Erfahrungen vorliegen. Und auch dort, wo längst bewiesen ist, daß ein Stoff Leben und Gesundheit der Werktätigen bedroht, ist beileibe nicht ein Verbot die Folge. Ein Beispiel dafür ist etwa das mörderische Asbestspritzverfahren, dessen Verbot schon seit langem gefordert wird. Bis heute hat sich Bonn taub gestellt.

Wie es in diesem Land wirklich um den Schutz für Leben und Gesundheit der Werktätigen bestellt ist, machte vor einigen Monaten ein Prozeß vor dem Landesarbeitsgericht in Baden-Württemberg deutlich. Dieses Gericht bestätigte die Entlassung, die gegen einen Kollegen ausgesprochen worden war, weil er seine Gewerkschaft über die Mißachtung von Sicherheitsbestimmungen im Betrieb informiert hatte. Der Arbeiter — so das Gericht — hätte wissen müssen, daß seine Beschwerde eine Untersuchung des Gewerbeaufsichtsamts und damit Nachteile für seinen Arbeitgeber nach sich ziehen würde.

Damit hatte der Kollege offenbar das Grundrecht seines Kapitalisten auf ungeschmälerten Profit verletzt. Und das wiegt eben schwerer als das Recht eines Arbeiters auf Leben und körperliche Unversehrtheit.

Aus dem Inhalt

Zum Maiaufruf des DGB	5
Taktik zum 1. Mai	5
Unterstützt die Postlehrlinge	6
Antifaschisten im Bunker — NPD-Landeschef als Major ..	6
„Silberner Maulkorb" für Zensur von Schülerzeitungen	6
Polizeiaktion gegen 50 Frankfurter Schüler	6
Kampf gegen faschistischen Buchladen in Kiel	7
Solidarität mit Rechtsanwalt Flint	7
Prozeß gegen die Anwälte Müller und Newerla	7
Volkskorrespondenzen	8
60 Jahre Bayrische Räterepublik	9

„Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag ROTER MORGEN GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr.: 321 000 290 (Verlag Roter Morgen). Telefon: 0231 / 43 3691 und 43 3692. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr wird mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Kündigungen, die nach dieser Frist eingehen, werden nicht berücksichtigt. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

DDR-Intershops

Einkauf nur noch mit Westschecks

Lange Schlangen bildeten sich in der vergangenen Woche vor den Intershop-Läden in der DDR. Die Ursache: Die Zeitungen hatten Meldungen veröffentlicht, nach denen mit dem Datum des 16. April neue Regelungen für den Einkauf in den Intershops gelten sollen.

Bislang konnten in diesen Läden, die es mittlerweile in allen größeren Städten der DDR gibt, die Bürger Ostdeutschlands frei einkaufen. Vorausgesetzt allerdings, sie verfügten über Westmark, Dollars und andere westliche Devisen. Denn für die Ostmark aus ihrer Lohntüte konnten sich die Werktätigen von den angebotenen Waren — zumeist Westimporte vom Waschmittel bis zum Farbfernseher — nichts kaufen. Und daran wird sich auch zukünftig nichts ändern.

Neu ist nur, daß ab Ostern die Intershops von DDR-Bürgern keine Devisen mehr annehmen. Wer dort einkaufen will, muß vorher seine Westmark zur Bank tragen und bekommt dort — wie es in einer Verlautbarung des Außenhandelsministeriums heißt — „auf der Basis festgelegter Devisenrechnungssätze der DDR" Wertschecks ausgehändigt. Mit diesen Schecks kann er dann seine Einkäufe im Intershop tätigen. Im Prinzip ändert sich also nichts an dem berüchtigten Intershop-System, an der Tatsache, daß durch dieses System faktisch eine zweite Währung, die Westmark, in der DDR im Umlauf ist.

Das Außenhandelsministerium hat auch keine Begründung für die neue Regelung gegeben; es wurde nur erklärt, daß damit eine Anpassung an die Verhältnisse in den anderen revisionistischen Ländern erfolgt sei. Eine indirekte Begründung allerdings gab vor einiger Zeit schon , SED-Chef Honecker selbst. In einer Rede nämlich hatte er eingestanden: „Natürlich übersehen wir nicht, daß nun Bürger der DDR, die keine Devisen besitzen, in gewissem Sinne im Nachteil gegenüber denen sind, die über solche Währung verfügen."

Hinter diesem vorsichtigen Eingeständnis steht das ganze Ausmaß der Empörung und des Protestes der Werktätigen in der DDR über das Intershop-System. Sie müssen es tagtäglich erleben, daß Dinge, die in der DDR Mangelware sind, in den Intershop-Regalen liegen — zu haben gegen Westgeld. Und natürlich kann der normale Werktätige nicht ohne weiteres an D-Mark herankommen, es sei denn, er hätte reiche Verwandte im Westen und würde sie anbetteln. Anders sieht es bei den Angehörigen der privilegierten Schichten aus, die über Westreisen und durch andere Westkontakte eher die Möglichkeit haben, Devisen einzustecken. Mit den Intershop-Läden ist aber auch ein sich immer mehr ausbreitender Devisenschwarzhandel entstanden, hat sich ein Krebsgeschwür der Korruption in allen Bereichen ausgebreitet. So ist es etwa gang und gäbe, daß private Handwerker für schnelle und gute Ausführung von Aufträgen eine teilweise Bezahlung in Westmark verlangen.

Kein Wunder also, wenn die Verbitterung und Empörung unter den Werktätigen zugenommen hat. Die neuen Regelungen nun sollen offenbar dazu dienen, die Empörung zu dämpfen und die Devisengeschäfte besser zu kontrollieren. Denn die Vergabe von Wertschecks ist mit der Registrierung des Devisenbesitzers verbunden, die Schecks sind auch nicht auf andere Personen übertragbar. An der Sache selbst jedoch wird sich nichts ändern. Abgesehen davon, daß die Bonzen sowieso weiterhin über ihre DM-Konten verfügen werden — auch Schwarzhandel und Korruption werden sich so nicht aus der Welt schaffen lassen. Auch künftig wird die D-Mark eine zweite Währung in der DDR sein, zu Lasten der Werktätigen.



Käuferschlange vor Intershop in Ost-Berlin

Preissteigerung bis 4% vorausgesagt

Preise steigen — Löhne bleiben auf der Strecke

Zwei staatliche Unternehmen machten den Anfang, am 1. Januar erhöhte die Bundespost ihre Preise, am 1. April zog die Bundesbahn nach. Der Verband der Wellpappenindustrie e.V. kündigte Preissteigerungen für Verpackungsmaterial an, was sich auf breitester Front für den Verbraucher auswirkt.

Nachdem die inländischen Autokonzerne die Preise heraufsetzten, werden in Kürze die ausländischen Unternehmen nachziehen. Die Chrysler-Deutschland GmbH wird ihre Produkte ab 17. 4. um 2,9 Prozent teurer verkaufen. Von 15 Prozent Preissteigerung spricht die Continental-Gummi-Werke AG, die Heizöl- und Benzinpreise brechen sämtliche Rekordmarken.

Auch bei Importgeschäften hat sich ein drastischer Umschwung bemerkbar gemacht. Nach Auskunft des Statistischen Bundesamtes sind die Importpreise für Februar im Vergleich zum Vorjahresmonat um 4,4 Prozent gestiegen. Im Januar lag der Steigerungssatz noch bei 0,3 Prozent.

Wer per Spedition umzieht, bekommt einen Dieselzuschlag von 2,4 Prozent berechnet, und die Schuhindustrie ist mit 8 Prozent höheren Preisen dabei.

Kürzlich erhöhte die Bundesbank den Diskont- und Lombardsatz um ein Prozent, was eine künstliche Geldmengenverknappung zur Folge hat. Konsumieren und investieren auf Kredit wird in Zukunft teurer sein. Das trifft in erster Linie die Verbraucher, aber auch kleine Unternehmen.

Lag die Inflationsrate im März nach offiziellen Angaben bereits bei 3 Prozent, so werden es nach Auskunft der fünf führenden Wirtschaftsforschungsinstitute im zweiten Halbjahr vier Prozent sein.

Die ins Rollen gekommene Teuerungswelle kommt dann am 1. Juli erst richtig in Schwung. Für diesen Termin hat die Bundesregierung eine einprozentige Erhöhung der Mehrwertsteuer beschlossen. Für die CSU war das letzte Woche ein willkommener Anlaß, sich als soziale Alternative zu präsentieren. Mit Vehemenz ging sie gegen den Beschluß vor, der nach ihrer Meinung zu Lasten der kleinen Leute ginge.

Hier hat die CSU gar nicht so unrecht; nur was sie als Alternative zu bieten hat, geht auch nicht gerade den Reichen an die Tasche. Was die Regierung durch Mehrwertsteuererhöhung erreichen will, soll nach Vorstellung der CSU mit Einsparungen im Bundeshaushalt, vor allem im sozialen Bereich geschehen.

Die Tarifabschlüsse in diesem Jahr haben sich bis jetzt alle bei 4 Prozent (brutto!) eingependelt. Jeder kann sich ausrechnen, was das an realer Lohnerhöhung bedeutet, wenn selbst offizielle Stellen mit einem vierprozentigen Preisanstieg für das zweite Halbjahr rechnen.

Ganz anders sieht es bei den Kapitalisten aus; ihnen ist es im vergangenen Jahr wieder gelungen, traumhafte Steigerungsraten herauszuholen. Die Kundenkreditbank weist 31 Prozent aus, Siemens 25 Prozent und auch für 1979 sind nach Auskunft der Deutschen Gesellschaft für Anlageberatung gut und gerne 10 Prozent Gewinnsteigerung drin.

Fazit: **Profitsteigerung traumhaft, Preisentwicklung ansteigend**, nur die Löhne, der „Etat", der überwältigenden Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung, bleiben wieder einmal auf der Strecke.

Schwarzer Patriot in Pretoria ermordet



Am Freitag, den 6. April ist der schwarze Patriot Solomon Mahlangu in der südafrikanischen Hauptstadt von den Henkern des faschistischen Apartheid-Regimes ermordet worden. Ihm war vorgeworfen worden, an einer bewaffneten Auseinandersetzung am 13. Juni 1977 in Johannesburg beteiligt gewesen zu sein. Obwohl vom Gericht festgestellt wurde, daß er selber keinerlei Schüsse abgegeben hat, wurde er dennoch verurteilt und ermordet.

Während das südafrikanische Regime weiter mit Terror und Folter gegen die schwarze Bevölkerung vorgeht, mehren sich in der Welt die Forderungen, Südafrika vollständig zu boykottieren. Die Bundesrepublik jedoch, deren politische Vertreter den Mord heuchlerisch verurteilten, ist 1978 zum wichtigsten Handelspartner Südafrikas aufgestiegen.

Was kurzfristige Gelder betrifft, so ist Westdeutschland Südafrikas wichtigster Kreditgeber.

Schwere Explosion in Velberter Firma: 6 Tote



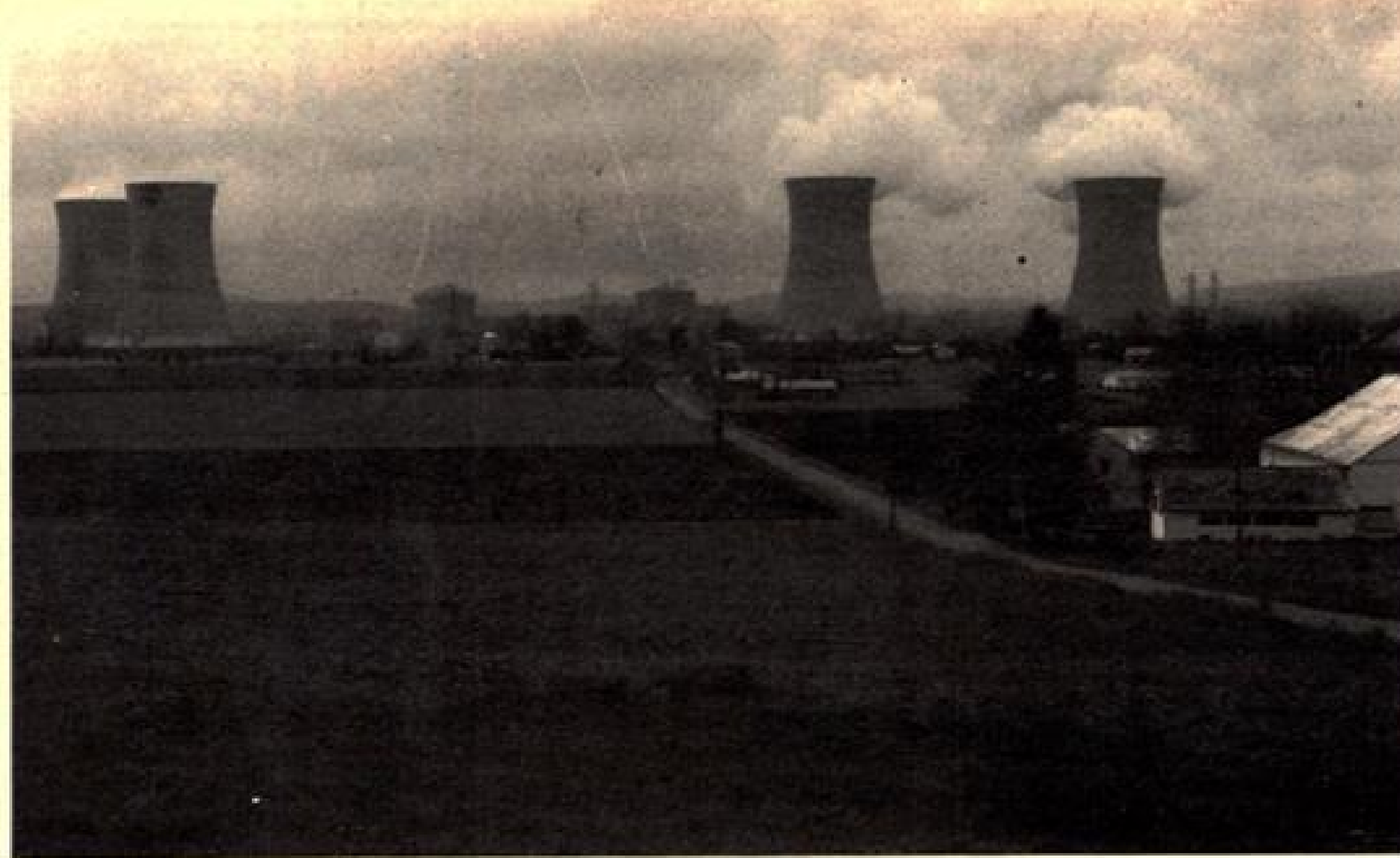
Velbert, 4. April. Bei einer Aluminiumstaubexplosion in Velbert waren am Mittwochnachmittag sechs Kollegen auf der Stelle tot; ein weiterer Kollege erlag seinen schweren Verbrennungsverletzungen in der Nacht zum Donnerstag. Ein achtes Opfer schwebt noch immer in Lebensgefahr.

Das Unglück ereignete sich im Absaugsystem der Schleiferei der Baubeschlägefirma E. Kühlmann KG. Nach Vermutung der Feuerwehr muß es im Bunker oder in den Absaugröhren zu starken Verpuffungen gekommen sein. Über die Ursache fehlt bislang jede Erklärung. (Siehe auch Kommentar)

20 Afghanen festgenommen

Am Freitag, den 6. April besetzten afghanische Patrioten die Botschaft Afghanistans in Bonn. Wie aus einem Flugblatt der „Generalunion Afghanischer Studenten im Ausland" (GUAFS) hervorgeht, beabsichtigten sie damit, ihren Protest gegen die Terrorherrschaft in Afghanistan auszudrücken. Seit dem Putsch vom 27. April 1978 ist dort eine prosowjetische Clique am Ruder. Während der Besetzung gab der Botschafter drei Schüsse auf die Demonstranten ab. Sämtliche Patrioten wurden von der Polizei festgenommen.

Am frühen Morgen des 28. März fiel das Kühlsystem des Atomkraftwerks (AKW) „Three Mile Island" in Harrisburg im amerikanischen Bundesstaat Pennsylvania aus. Der dadurch ausgelöste Zwischenfall strafte sämtliche Sicherheitsgarantien für AKWs Lügen. Hatten die AKW-Betreiber noch vorher jede kritische Frage nach Reaktorsicherheit arrogant von sich gewiesen und in die linksextremistische Ecke gedrängt, ordnen sie plötzlich Sicherheitsüberprüfungen an. Dr. Henry Kendall, Professor für Nuklearphysik am Institut für Technologie in Massachusetts, stellte lakonisch fest: „Die Techniker in Harrisburg kommen mir vor wie Kinder, die ohne Ortskenntnis im Wald spielen."



Alarmsignal Harrisburg

„Selbst bei glimpflichem Verlauf müssen wir mit Krebsfällen rechnen!"

Reaktorsicherheit? Eine Farce!

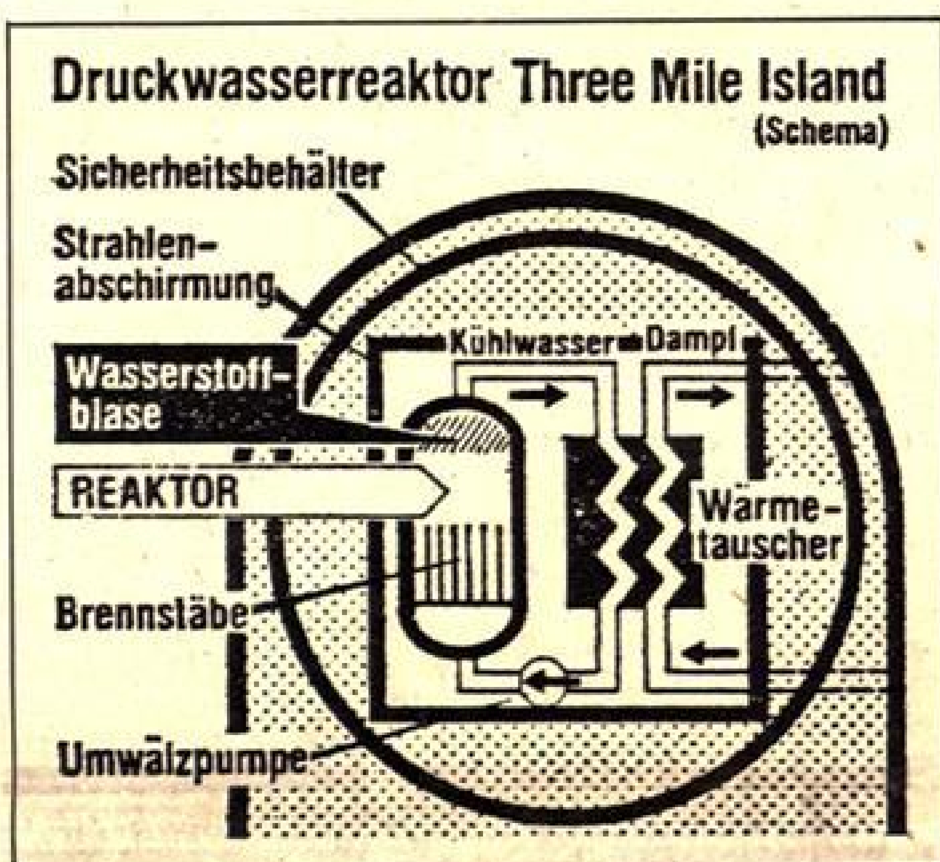
Die größte Gefahr bei einem AKW-Unfall geht von der freigesetzten radioaktiven Strahlung aus. Walter Schüller, Geschäftsführer der Gesellschaft für Wiederaufbereitungsanlagen, ein Befürworter von AKWs, bejaht ausdrücklich das Krebsrisiko. Die Hamburger Ärztin Dr. Eva Maria Spiller sprach im Zusammenhang mit einem Gerichtsverfahren gegen die Aktion „Kein Atomstrom mit unserem Geld" von Erbkrankheiten, Mißbildungen und Karzinomen (Krebs) und wies darauf hin, daß Strahlenschäden unter Umständen erst nach Jahren, Jahrzehnten oder Generationen auftreten können.

Strahlungsopfer sterben einen schrecklichen Tod. Die Strahlungsmenge entscheidet über die Länge des Siechtums.

1. **Übelkeit, Erbrechen, Blutungen aus Körperöffnungen, Tod nach zehn Tagen;**
2. **Geschwüre an Zunge, Gaumen und Wangen, Siechtum bis zu zwei Monaten;**
3. **Im Falle des Überlebens treten die Folgen unter Umständen erst in der nächsten oder übernächsten Generation auf und können zum Tode führen.**

Der Krebsforscher Edward Radfort äußerte gegenüber dem „Spiegel": *„Selbst wenn alles glimpflich abläuft, müssen wir mit vielen Krebsfällen rechnen."*

Im AKW „Three Mile Island" war offensichtlich der Primärkreislauf zusammengebrochen (der linke Wasserkreislauf auf der Skizze). Die durch die Kernspaltung im Reaktor erzeugte Hitze wird nicht mehr abtransportiert. Schon im Normalfall besteht im Primärkreislauf ein Wasserdruck von ca. 160 at. Das ist notwendig, um das auf 300 Grad erhitzte Wasser flüssig zu halten.



Vereinfachter Längsschnitt durch einen Druckwasserreaktor

Durch die aussetzende Kühlung erhitzt sich das Wasser noch mehr, der Druck erhöht sich, der Primärkreislauf bricht. Die Folge: Wie ein Torpedo schießt radioaktiv verseuchter, extrem heißer Wasserdampf in den Sicherheitsbehälter (1.000 Liter pro Zehntelsekunde). Die Strahlung ist absolut tödlich.

Der Druck innerhalb des Sicherheitsbehälters ist unvorstellbar hoch. Deshalb wird der radioaktive Dampf ins Freie geleitet. Teilweise kondensiert der Dampf an der Wand des Sicherheitsbehälters und sammelt sich am Boden, bildet den sogenannten Sumpf, stark radioaktiv verseuchtes Wasser. 40.000 Liter dieses hochgiftigen Wassers werden in den benachbarten Fluß gepumpt.

Obwohl der Reaktor sofort abgeschaltet wird, steigt seine Innentemperatur gegen 1.000 Grad. Die Uranbrennstäbe schmelzen zusammen, der Spaltungsprozeß wird heftiger, die Temperatur steigt weiter. Durch Strahlung und Hitze wird das Wasser chemisch zersetzt. Eine Wasserstoffblase bildet sich an der Kuppel des Reaktors. Dadurch wird nachträglich eingespeistes Kühlwasser blockiert. Das Wachsen der Wasserstoffblas steigert den Innendruck. Sauerstoff kommt hinzu, eine hochexplosive Knallgasmischung entsteht.

Die Behörden werden nervös. Hubschrauber in unbegrenzter Zahl werden bereitgestellt. Sammelplätze für Armee und Privatwagen werden organisiert. Die Bahn stellt 1.600 Waggons zur Verfügung. Zivilverteidigung und Katastrophenschutz werden in Alarmbereitschaft versetzt. Die Behörden rechnen damit, daß innerhalb von zwei Stunden 360.000 Menschen evakuiert werden müssen. Durch die bodenlose Verantwortungslosigkeit der verantwortlichen Stellen wird die Bevölkerung völlig im Unklaren gelassen. 200.000 fliehen auf eigene Faust. Das Chaos ist perfekt.

Im Falle einer Explosion des Knallgasgemisches wäre nicht nur der stählerne Reaktorbehälter gesprengt worden, der gesamte Sicherheitsbehälter wäre in die Luft geflogen. Die gesamte Strahlung wäre ungehindert ins Freie getreten. Eine Atomkatastrophe unvorstellbaren Ausmaßes wäre die Folge.

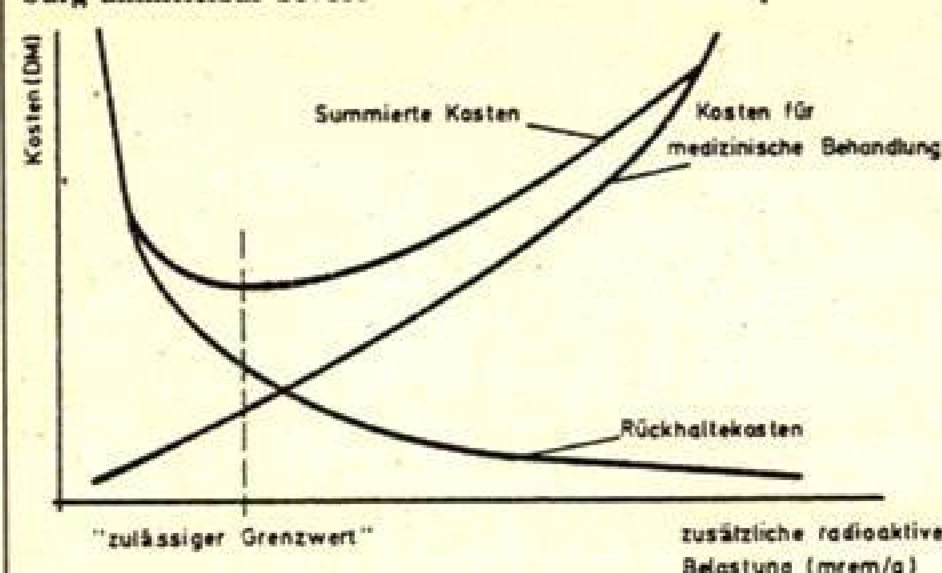
Noch eine andere Gefahr drohte: Der beschädigte Reaktor kann sich auf gut und gerne 2.000 Grad erhitzen. So hätte er sich langsam, aber sicher durchs Erdreich gefressen, Boden, Grundwasser verseucht und ganze Landstriche zur unbewohnbaren, leblosen Atomwüste gemacht. Schäden zwischen 100 und 200 Milliarden Mark wären aufgetreten. Solch ein Unfall, **der sogenannte Super-GAU, stand in Harrisburg unmittelbar bevor!**

Die Gefahr einer verheerenden Explosion scheint vorerst gebannt. Aber auch die weniger starke radioaktive Strahlung ist äußerst heimtückisch und kann verheerende Folgen haben. Das geht aus jüngst veröffentlichten amerikanischen Geheimdokumenten hervor.

In der Ebene von Utah, Nevada, Arizona oder der Sierra Nevada wird jede Menge radioaktiver Müll frei gelagert. Steigerung von Leukämie und Krebs ist die Folge, Haarausfall, Sonnenbrand bei voller Bekleidung wurde festgestellt. Schafe verlieren ihren Pelz, Schweine werden tot oder deformiert aufgefunden.

Ein Essener Krebsforscher gab auf dem Gorleben Hearing zu Protokoll: *„Es gibt keine ungefährliche Strahlungsdosis."*

In welch skrupelloser Weise die Atomlobbyisten mit dem Leben und der Gesundheit der Bevölkerung spielen, zeigen die Berechnungen der Internationalen Strahlenschutzkommission, die den deutschen Landesregierungen als Richtwerte vorliegen.



Der Mensch als Kostenfaktor; so werden zur Zufriedenheit der Monopole die zulässigen Grenzwerte der Strahlenbelastung kalkuliert.

Ein optimal gegen Strahlen gesichertes AKW verursacht hohe Kosten. Ein unzulänglich gegen Strahlen gesichertes AKW verursacht entsprechend geringe Baukosten, erhöht aber enorm die Kosten für medizinische Behandlungen von Strahlenschäden, die im übrigen der Steuerzahler tragen muß. Summiert man beide Kurven auf (siehe Skizze), so gibt die neue Kurve die Gesamtkosten an. An der Stelle des Talpunktes legt man die zulässigen Grenzwerte der Strahlenbelastung. Zusätzlich muß man bedenken, daß der Strahlengeschädigte die Ursache in den seltensten Fällen nachweisen kann. Kann er es dennoch, so überlebt er meist nicht den Weg durch die Instanzen.

Arbeitsminister Ehrenberg:
„Ich bin zuversichtlich, daß die Gegner der Kernenergie in dem Maße an Zahl schrumpfen werden, in dem die Kernenergie zum normalen Bestandteil unseres täglichen Lebens wird und indem sich herumspricht, daß sich neben einem Kernkraftwerk besser und ungestörter leben läßt, als neben einem Sägewerk oder einer Hühnerfarm."

Belegschaftszeitschrift der KWU „intern":
„Das Risiko für die Nachbarn eines Kernkraftwerkes, durch einen Super-GAU zu Schaden zu kommen, ist so verschwindend gering, daß es im Vergleich zu allen anderen Risiken des täglichen Lebens bedeutungslos ist. (...) überperfektionierte Sicherheitsforderungen können die Kernenergie daran hindern, (...) ausreichend auf dem Markt (...) vertreten zu sein."



Ca. 1 000 AKW-Gegner demonstrierten in Essen für die sofortige Stillegung sämtlicher AKWs.

AKWs vom Typ „Harrisburg" in Westdeutschland

In Mülheim-Kärlich entsteht gegenwärtig ein Druckwasserreaktor, dessen entscheidende Teile aus den USA kommen, vom selben Hersteller, der das Harrisburger AKW gebaut hat.

Insgesamt sind zur Zeit drei Druckwasserreaktoren in Betrieb, einer davon in Biblis mit einer Leistung von 1.200 Megawatt (MW). Weitere fünf Druckwasserreaktoren sind im Bau, geplant sind weitere vier gleichen Typs, unter anderem in Brokdorf, Whyl und Grohnde.

DDR und Sowjetunion verteidigen AKWs

Anfang April warnte die Ostberliner Zeitung „Freie Welt" die westdeutschen AKW-Gegner davor, radioaktive Abfälle als ein „unabwendbares Unheil" zu betrachten und stellt in diesem Zusammenhang fest, daß die damit zusammenhängenden Fragen in der DDR „in wissenschaftlich-technischer Hinsicht vollständig gelöst" seien.

Über den schweren Zwischenfall in Harrisburg berichtete die DDR-Presse nur ganz am Rande und ließ die Bevölkerung über den Ernst der Lage völlig im Unklaren. In der DDR wurde das erste AKW bereits 1967 in Betrieb genommen.

In Leningrad steht das zur Zeit größte AKW der Welt. Auch die sowjetische Presse legte sich bei der Harrisburg-Berichterstattung größte Zurückhaltung auf.

Wie dpa am 3.4. berichtete, äußerte der stellvertretende US-Energieminister nach einer Besichtigung des Leningrader Kraftwerks im Dezember 1977, daß diese Anlage in den USA aus Sicherheitsgründen keine Betriebsgenehmigung erhielte.

China kauft zwei AKWs

Ende des letzten Jahres gingen Meldungen durch die bürgerliche Presse, daß China von Frankreich zwei AKWs kaufen werde. Das wurde von Vizepremier Deng ausdrücklich bestätigt. Offensichtlich hält Deng AKWs aus der „Zweiten Welt" für ausreichend sicher!

Peinlich für die „Rote Fahne", die noch am 19.10.78 versicherte, daß die Inbetriebnahme von AKWs für China gegenwärtig noch nicht zur Debatte stünde, weil die Sicherheitsprobleme noch nicht gelöst seien.

Unglaublich

„Es gibt nichts hier, was unplanmäßig war oder was einer Katastrophe gleichkommt", sagte Mr. Herbein, Betreiber des AKW in Harrisburg, auf einer Pressekonferenz und kläffte gleich anschließend den empörten Journalisten zu: *„Ich sehe überhaupt nicht ein, warum ich Ihnen jeden Schritt, den wir machen, auch noch erklären muß. Sie verstehen den technischen Kram ja sowieso nicht."*

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Im Nobel-Hotel Bredeney in Essen traf sich der Beirat der IG Chemie, um über die Satzungsänderung zu beschließen



Vor dem Hotel Bredeney: Vertrauensleute, Jugendvertreter, Betriebsräte und Gewerkschaftsmitglieder demonstrieren

Essen, 5. April '79. *„Patschkowski und Demokratie, zurück in die IG Chemie!" — „Ein Gewerkschaftstag muß bald beschließen, Hauenschild soll dafür büßen!" — „Kein Abbau von Mitgliederrechten, Hände weg von Paragraph 35!"* Diese und andere Parolen schallten hinauf zur obersten Etage des Nobelhotels „Bredeney" in Essen. Hinter den matt kupferfarben schimmernden Fensterscheiben tagte der Beirat der IG Chemie-Papier-Keramik.

Es ging um den weiteren Abbau der innergewerkschaftlichen Demokratie, konkret um die Änderung des Paragraphen 35, Ziffer 2 der IG-Chemie-Satzung. Unten, vor der Tür, hatten sich über 100 Gewerkschaftsmitglieder versammelt, von Bayer Leverkusen, aus Hessen, von BASF Ludwigshafen. Sie brachten ihre Wut und ihren Protest über die diktatorische Haltung ihrer Führer zum Ausdruck.

IG-Chemie-Beirat tagte in Essen

Nein zum Abbau der Mitgliederrechte

100.000 für außerordentlichen Gewerkschaftstag

Eine Delegation, die sie nach oben schickten, kam unverrichteterdinge zurück. Die Sitzung sei nicht öffentlich, hatte man sie arrogant beschieden und sie verächtlich gefragt: *„Seid ihr aus dem Betrieb oder Studenten?"* Ein Kollege meinte: *„Die sollen doch selber mal arbeiten."* Ein anderer setzte hinzu: *„Ein paar Monate keine Beiträge mehr und die können keine solchen Feten mehr feiern."*

In unserer vorletzten Ausgabe berichteten wir auf Seite 5 ausführlich über die scharfe Auseinandersetzung innerhalb der IG Chemie.

Nach dem Willen der Führung sollen Vertrauensleute künftig **eingesetzt** werden können. Diese Regelung, die stellenweise schon eingerissen ist, soll satzungsmäßig abgesichert werden. Da innerhalb der IG Chemie Delegiertenwahlen von den Vertrauensleutekörpern durchgeführt werden und nicht von den Mitgliederversammlungen, würde das in der Praxis bedeuten, daß Verwaltungsstellenvorstände das satzungsgemäße Recht besäßen, ihre Wähler zu berufen. Die Wahl gewerkschaftlicher Gremien würde zur Farce.

Eine breite Forderung unter den Gewerkschaftsmitgliedern ist daher die Einberufung eines außerordentlichen Gewerkschaftstages. Zahlreiche Verwaltungsstellen haben ihn bereits beantragt. Sie repräsentieren etwa 100.000 Gewerkschaftsmitglieder. Zu Beginn seiner Sitzung schmetterte der Beirat, der fast nur aus hauptberuflichen Funktionären besteht, mit großer Mehrheit einen Antrag ab, der die Vertagung des Tagesordnungspunktes über die Satzungsänderung forderte.

Anschließend wurde die Änderung des Paragraphen 35, Ziffer 2 (Wortlaut siehe RM Nr. 13, Seite 5) mit 78 gegen 23 Stimmen verabschiedet. Mit 95 gegen 6 Stimmen sprach der Beirat Hauenschild das Vertrauen aus und verurteilte mit 89 gegen 10 Stimmen die „gegen den Hauptvorstand und Karl Hauenschild entfachte Kampagne." Die Entschließung endet mit den Worten: „Es ist die selbstverständliche Pflicht aller Funktionäre, die vom Beirat getroffene Entscheidung im Sinne dieser Entschließung innerhalb und außerhalb unserer Gewerkschaft zu vertreten." Das bedeutet, jedem Funktionär, der sich gegen den Abbau der Mitgliederrechte wehrt, kann gewerkschaftsschädigendes Verhalten vorgeworfen werden.

Währenddessen hat der Verwaltungsstellenvorstand Hannoversch-Münden — dessen Geschäftsführer Patschkowski von Hauenschild gefeuert wurde — beschlossen, die Wiedereinstellung Patschkowskis auf gerichtlichem Wege zu erzwingen. Hauenschild hatte eine fristlose Kündigung durchgedrückt, obwohl der Beschwerdeausschuß und der interne Betriebsrat, der die hauptamtlichen Funktionäre vor dem Hauptvorstand vertritt, dagegen waren.

Mittlerweile hat sich der Gesamtbetriebsrat (GBR) der IG Chemie in einem offenen Brief an den Hauptvorstand gewandt. Anlaß dazu gab ein gewerkschaftsinternes Rundschreiben des Hauptvorstandes, in dem der Versuch gemacht wird, Patschkowskis Rausschmiß zu rechtfertigen.

Industriegewerkschaft
Chemie-Papier-Keramik
- Hauptvorstand -
Hauptabteilung 1-Vors.

Hannover, den 20. März 1979
Königsworther Platz 6
Telefon 05 11 - 76 31 - 266

Die große Mehrheit des geschäftsführenden Hauptvorstandes hält es deshalb für undenkbar, daß es in unserer Gewerkschaft in Zukunft hingenommen werden kann, daß verdeckte Informationskanäle zwischen Gruppierungen von Hauptamtlichen unserer Organisation aufgebaut und unterhalten werden können, und daß anonyme Briefsendungen zu Informationen und "Berichten" verarbeitet und an ausgewählte Empfängerkreise verschickt werden können.

Das aber wäre das totale Durcheinander und die absolute Auflösung jeglicher Solidarität und Loyalität in unserer Organisation.

Das Recht, das sich der Kollege Patschkowski unter dem Vorwand herausgenommen hat, er habe als Delegierter des letzten Gewerkschaftstages fungiert, stände billigerweise unter irgendeinem anderen Vorwand allen über 200 hauptamtlich Beschäftigten unserer Organisation zu. Und was einem hauptamtlichen Kollegen gestattet ist, könnte auch jedem ehrenamtlichen Funktionär nicht verwehrt werden.

Der Rundbrief des Hauptvorstandes, in dem der Rausschmiß Patschkowskis gerechtfertigt wird (Ausschnitt).

Der GBR fragt an, ob es verboten ist, daß sich Hauptamtliche untereinander Briefe schreiben. Ferner soll der Hauptvorstand Stellung dazu nehmen, ob der Arbeitsvertrag die Mitgliederrechte einschränkt. Dann wäre es nicht mehr sinnvoll, Hauptamtliche in gewerkschaftliche Gremien zu wählen, weil sie gegebenenfalls mit arbeitsrechtlichen Sanktionen zu rechnen hätten. Des weiteren fragt der GBR, ob der Hauptvorstand Minderheiten in der Gewerkschaft das Recht auf Kommunikation verweigern will, ob er es tatsächlich für das „totale Durcheinander und die absolute Auflösung jeglicher Solidarität" hält, wenn Hauptamtliche zum Ausdruck bringen, daß sie eine Entscheidung für falsch halten.

Weiter heißt es: *„Weil es einzelnen Beschäftigten gegenwärtig nicht zuzumuten ist, diese oder ähnliche Fragen offen zu stellen, erwartet der GBR* (...) *eine Beantwortung der Frage, wie der Hauptvorstand im Spannungsverhältnis zwischen Mitgliedsrecht, Recht auf innergewerkschaftliche Willensbildung und Arbeitsvertrag die Grenzen* (...) *als gegeben ansieht, zumal der Hauptvorstand der Auffassung zu sein scheint, daß die Inanspruchnahme von Mitglieds- und Delegiertenrechten eines Hauptamtlichen nur ein Vorwand wäre, der billigerweise allen 200 hauptamtlichen Beschäftigten* (...) *zustünde."*



„Patschkowski und Demokratie — zurück in die IG Chemie!", „Wir haben beschlossen und verkünden: unser Fred bleibt in Münden!", „Hauenschild macht krumme Sachen und die Unternehmer lachen!"



„Für einen außerordentlichen Gewerkschaftstag" — eine breite Forderung unter den Gewerkschaftsmitgliedern; zahlreiche Verwaltungsstellen haben ihn bereits beantragt.

Bericht eines IG-Chemie-Kollegen von der Protestaktion in Essen

„Beirat – mach die Ohren auf..."

Gegen 8.30 Uhr fährt ein Bus aus Leverkusen vor. Etwa 20 Kollegen steigen aus und stellen sich neben dem Hotel auf. Sie entrollen Transparente mit Forderungen *„Für mehr innergewerkschaftliche Demokratie", „Kein Abbau von Mitgliederrechten", „Gewerkschaftliche Vertrauensleute wählen — nicht berufen".*

Nach und nach treffen Vertrauensleute, Jugendvertreter, Betriebsräte, Verwaltungsstellenvorstände und auch Mitglieder ohne gewerkschaftliche Funktionen ein, aus Düsseldorf und Uerdingen, Duisburg und Wuppertal, Darmstadt, Ludwigshafen und Bremen.

Die Göttinger kommen mit Schildern *„Hauenschild macht krumme Sachen und die Unternehmer lachen"* und *„Wir haben beschlossen und verkünden: unser Ferdi bleibt in Münden"* (1).

Und schließlich marschieren Kollegen aus dem Frankfurter Raum zum Rhythmus ihrer Parolen auf *„Wir schlagen nicht umsonst hier Krach, wir wollen den Gewerkschaftstag"* und *„Die Gewerkschaft ist heut hier, Hauenschild komm vor die Tür"*

Begeistert stimmen die anderen Kollegen ein. Aber das wäre zu viel Mut von Hauenschild verlangt angesichts der fast 100 Kollegen. Dafür kommen ein paar Sekretäre heraus und gucken nach, ob sie nicht einige Demonstranten identifizieren können für die schwarze Liste.

Ihnen schallt es entgegen *„Die Satzungsveränderer sind bekannt, der eine heißt Weber* (2), *der andere heißt Brand* (3)". Die Kälte vor der Tür sind die Herren nicht gewohnt, einige Schneeflocken vertreiben sie bald wieder. Zwei andere Herren in Zivil holen sich von Berufs wegen kalte Füße und fingern nervös an ihren Sprechfunkgeräten herum.

Eine Jugendvertreterin, die bisher von der RGO nur etwas gehört hat, findet Kontakt zu RGO-Mitgliedern und nimmt gleich das Programm mit, um darüber in der Jugendvertretung zu diskutieren.

Ein Beiratsmitglied gesellt sich zu den Demonstranten und unterschreibt mit ihre Presseerklärung, bevor er in die Sitzung muß.

Rasch wird eine Delegation zusammengestellt mit je einem Vertreter aus jeder Verwaltungsstelle. Es wird abgeklärt, welche Punkte beim Beirat vorgebracht werden sollen:

Ablehnung der Satzungsänderung; Möglichkeiten der Wahl der Vertrauensleute; Einberufung eines außerordentlichen Gewerkschaftstages; Rücknahme der Kündigung von Ferdinand Patschkowski.

Außerdem sollen die Listen einer Unterschriftensammlung gegen die Satzungsänderung und für einen außerordentlichen Gewerkschaftstag übergeben werden.

Dann steigt die Delegation die Treppe hinauf, begleitet von der Parole *„Beirat mach die Ohren auf, gleich komm'n ein paar Kollegen rauf!"* Oben angekommen, verlangt sie nach Hauenschild. Hier in der oberen Etage ist er schließlich in seinem Reich, da könnte er doch glatt den Mut zum persönlichen Erscheinen aufbringen. Und tatsächlich tritt er vor die Tür.

Als erstes hat er zu verkünden: Auf Beschluß des Beirats wird mit den Demonstranten nicht diskutiert. Basta. Gnädig sagt er noch die Weiterleitung der Unterschriftenlisten an den Beirat zu. Dann ist die Audienz zu Ende.

Der Beirat wird später nochmals mit entsprechender Lautstärke auf die Meinung der Basis aufmerksam gemacht. Den krönenden Abschluß findet die Kundgebung im Absingen des Einheitsfrontlied. *„Und weil der Mensch ein Mensch ist, drum hat er Stiefel im Gesicht nicht gern. Er will unter sich keinen Sklaven sehn und über sich keinen Herrn."* Bei dieser Strophe wird mancher an Hauenschild und Konsorten gedacht haben.

Dann gehts geschlossen in die nächste Gaststätte. Im Nebenzimmer wird die Lage diskutiert, das weitere Vorgehen beraten, und Adressen werden getauscht. Man ist sich einig: Dieser Tag Urlaub ist gut angelegt. *„Hauenschild und Co. habt Acht, der Widerstand ist jetzt entfacht!"*

(1) Gemeint ist der gefeuerte Funktionär Ferdinand Patschkowski
(2) Weber: Gesamtbetriebsratsvorsitzender Bayer AG
(3) Brand: Betriebsratsvorsitzender Farbwerke Hoechst

Arbeitsgerichtsurteil

Betriebsräte zum Streikbruch verpflichtet?

Am 28. März bestätigte die 6. Kammer des Arbeitsgerichts Karlsruhe die fristlose Entlassung des Michelin-Betriebsrats Christ und des Reifenwickler-Betriebsrats Grether. Die Begründung: Die beiden Betriebsräte hätten während des Michelin-Streiks im Sommer 1978 nicht „aktiv", nicht „im Wege des positiven Tuns" auf die Arbeiter eingewirkt, die Arbeit wieder aufzunehmen. Dies Urteil ist ein Angriff auf alle Arbeiter und Betriebsräte; wenn dieses Urteil Schule macht, sind die Betriebsräte per Gesetz in die Rolle von Streikbrechern gezwungen. Gegen das Urteil wurde Berufung eingelegt.

Zum Maiaufruf der DGB-Führung

Statt Forderungen der Arbeiter Europawahlrummel

„Arbeit für alle. Für ein Europa des sozialen Fortschritts." Das ist das Motto, unter das die DGB-Führung ihren diesjährigen Maiaufruf gestellt hat. Dieses Motto deutet bereits an: Die DGB-Führung will den diesjährigen 1. Mai mißbrauchen als Tribüne für den Rummel um die Europa-Wahlen.

Die Forderungen, die nach Meinung aller klassenbewußten Kollegen und Gewerkschafter im Mittelpunkt des 1. Mai '79 stehen müssen, sucht man vergebens: Weder von der 35-Stunden-Woche noch vom Verbot der Aussperrung ist die Rede. Stattdessen kommen uns die DGB-Führer mit frommen Wünschen: „Rationalisierung und technischer Wandel dürfen nicht zu Lasten der Arbeitnehmer gehen"; „Die Aussperrung muß aus der sozialen Wirklichkeit verschwinden."

Zwar ist in dem Aufruf davon die Rede, daß das Recht auf Arbeit zu den Grundrechten des Menschen gehöre. Wie aber dieses Grundrecht gegen die Kapitalisten erkämpft werden muß, davon steht in dem Maiaufruf keine Silbe.

Von diesem Kampf möchte die DGB-Führung am 1. Mai nicht sprechen. Nicht umsonst hat sie die Forderung nach der Verwirklichung des Rechts auf Arbeit aus dem Entwurf zum neuen Aktionsprogramm des DGB gestrichen. Denn mit der Parole vom Recht auf Arbeit Ernst machen, das würde bedeuten, das Recht der Kapitalisten auf Stillegungen, Rationalisierung, Arbeitsplatzvernichtung und Entlassungen konsequent zu verneinen. Wer das Recht der Kapitalisten auf Profit anerkennt, für den kann die Losung vom Recht auf Arbeit nur eine leere Phrase sein. Denn das eine läßt sich nicht mit dem anderen vereinbaren.

Ablenkung vom Klassenkampf

Kampf für das Recht auf Arbeit ist deshalb Klassenkampf, ist unversöhnlicher Kampf gegen die Rationalisierungsfeldzüge der Unternehmer, ist kompromißloses Eintreten für die Forderungen und Interessen der Arbeiterklasse.

Die DGB-Führer jedoch mißbrauchen den 1. Mai, um ihre reaktionäre Politik der Klassenzusammenarbeit und des „sozialen Friedens" mit den Kapitalisten zu propagieren. Sie verteufeln den revolutionären Klassenkampf und versuchen, illusionäre Hoffnungen in die Institutionen der Bourgeoisie zu erzeugen, in die bürgerlichen Parteien und den bürgerlichen Parlamentarismus.

So beginnt denn auch der Maiaufruf der DGB-Führer als Appell, sich an den Europawahlen zu beteiligen: *„Eine hohe Wahlbeteiligung ist Voraussetzung für ein starkes Europäisches Parlament. Der DGB ruft alle wahlberechtigten Männer und Frauen auf, am 10. Juni 1979 von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen."*

Das ist genau das, was die Regierungen der EG wollen — eine hohe Wahlbeteiligung, damit sie ihr Europa der Konzerne als „vom Volkswillen getragen" hinstellen können. Besonders Bonn hat daran ein großes Interesse. Denn wer von der sogenannten europäischen Einigung am meisten profitiert, das sind die westdeutschen Monopole, die Thyssen, Siemens und Co. Der Bonner Staat ist die tonangebende Macht in der EG und er will seine Position als „Führungsmacht" weiter ausbauen. Die DGB-Führung hilft ihm dabei.

Propaganda für Europa der Monopole . . .

Ihre Parteinahme für die Interessen der westdeutschen Monopolherren und deren Profit- und Machtstreben wollen die DGB-Bonzen durch Phrasen bemänteln, wie etwa die folgenden Sätze im Maiaufruf: *„Europa muß zu einer Gemeinschaft des sozialen Fortschritts werden." „Die Gewerkschaften wollen, daß in Europa Vollbeschäftigung und Mitbestimmung, soziale Sicherheit und eine humane Arbeitswelt die Richtlinien der Politik sind."*

Was von solchen Sprüchen zu halten ist, kann man am Euro-Wahlkampf der SPD sehen. Da wird die 35-Stunden-Woche zum Wahlslogan gemacht, um Stimmen zu ködern. Zugleich aber versucht man zu verhindern, daß die Arbeiter hier und heute sich die 35-Stunden-Woche erkämpfen.

Zur Rettung der 40-Stunden-Woche haben aber auch die DGB-Führer Vetter, Loderer und Hauenschild selbst schon beträchtliches beigetragen. Man denke nur an die Manteltarifverhandlungen der IG-Metall- und IG-Chemie-Bonzen in diesem Jahr. Wenn diese „Gewerkschafter" jetzt als Zugpferde für den Euro-Wahlkampf der SPD eingesetzt werden, so sollte kein Kollege sich Illusionen darüber machen, daß durch solche Bonzen im Europaparlament etwa die Interessen der Arbeiterklasse vertreten würden.

Die sogenannte politische Einigung Europas dient vor allem dazu, die Ausbeutung der werktätigen Massen durch die westeuropäischen Konzerne weiter zu verschärfen, gleichzeitig aber auch dazu, den Kampf der Arbeiterklasse wirkungsvoller zu unterdrücken. So wurden die hemmungslosen Rationalisierungs- und Entlassungsfeldzüge der Stahlkonzerne in der Brüsseler EG-Zentrale abgesprochen und koordiniert. Das gleiche gilt auch für die „Gesundschrumpfung" in verschiedenen Bereichen der Industrie, beispielsweise in der Chemiefaserindustrie.

. . . statt internationaler Solidarität der Arbeiterklasse

Die Arbeiterklasse muß diesem reaktionären Zusammenschluß der westeuropäischen Monopole ihre internationale Solidarität im gemeinsamen Kampf gegen die Monopolherren entgegenstellen, ihre gemeinsame Kampffront zur Verteidigung der Arbeitsplätze, zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen, zum Sturz der kapitalistischen Ausbeuterherrschaft durch die sozialistische Revolution.

Ein Beispiel für diesen Zusammenschluß der Arbeiter Westeuropas gaben erst kürzlich Stahlarbeiter und Gewerkschafter von Mannesmann in Duisburg. Sie fuhren nach Paris, um durch ihre Teilnahme an der zentralen Demonstration der französischen Stahlarbeiter der Solidarität der deutschen Stahlwerker mit den französischen Kollegen in ihrem Kampf gegen Stillegungen und Massenentlassungen Ausdruck zu verleihen. Sie hatten ein Transparent mitgebracht, auf dem eine EG-Geierkralle abgebildet war, die nach Stahlwerken greift. Die deutsche Stahlarbeiterdelegation wurde von den französischen Arbeitern mit stürmischer Begeisterung empfangen.

Von der Klassensolidarität der Arbeiter Europas im Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung aber will die DGB-Führung nichts wissen. Sie will die Arbeiterbewegung vor den Karren der Kapitalisten und ihrer Profitinteressen spannen. So verfälscht sie den 1. Mai, den internationalen Kampftag der Arbeiterklasse, in sein direktes Gegenteil. Sie macht ihn zur Propagandatribüne für das Europa der Monopolherren, für die Vereinigung der Reaktion gegen die westeuropäische Arbeiterklasse. Schon immer haben die DGB-Bonzen versucht, den 1. Mai als Kampftag der Arbeiterklasse auszulöschen. Aber die Empörung darüber und der Widerstand dagegen wachsen an, gerade auch unter den klassenbewußten Kollegen, die sich als aktive Gewerkschafter einsetzen. Sie werden es nicht hinnehmen, wenn am 1. Mai die DGB-Bonzen gemeinsam mit den Vertretern des Bonner Staates auf den Kundgebungen den Kampf der Arbeiterklasse verhöhnen und diffamieren. Der 1. Mai gehört den Arbeitern und nicht den Bonzen und Ministern!



Der 1. Mai gehört den Arbeitern...



...und nicht den Bonzen und Ministern!

Unsere Taktik zum 1. Mai

Warum Beteiligung an den DGB-Demonstrationen?

Unsere Partei beteiligt sich in diesem Jahr gemeinsam mit der RGO an den Demonstrationen und Kundgebungen des DGB zum 1. Mai.

Dabei kämpfen wir natürlich gemeinsam mit anderen klassenbewußten Gewerkschaftern dagegen, daß die DGB-Führung dem 1. Mai seinen Kampfcharakter rauben will, dagegen, daß DGB-Bonzen und bürgerliche Politiker mit Sonntagsreden, Sozialpartnerschaftsgeschwätz und Europawahlrummel dem 1. Mai ihren Stempel aufdrücken.

Wir setzen uns dafür ein, daß die aktuellen Forderungen und Kämpfe der Arbeiter im Mittelpunkt der Maidemonstrationen stehen: der Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Aussperrungsterror, für die 35-Stunden-Woche und für das Verbot der Aussperrung.

Mancher Leser des „Roten Morgen" wird an dieser Stelle sicher denken: Eine Wendung um 180 Grad; hatte doch früher unsere Partei stets den Verzicht auf selbständige Maidemonstrationen und die Beteiligung an den Maikundgebungen des DGB als Opportunismus reinsten Wassers angegriffen und gesagt, eine solche Beteiligung hieße, den Regierungsmai mit roten Fahnen links aufpolieren.

Dieser Standpunkt war jedoch falsch, war Ausdruck des linken Sektierertums in unserer Partei. Zum einen war es nicht richtig, die Frage, Beteiligung an den Maidemonstrationen des DGB oder aber selbständige revolutionäre Maidemonstrationen, überhaupt zu einer prinzipiellen Frage zu erklären. Tatsächlich ist das eine taktische Frage, deren Lösung davon abhängt, welche Demonstrationsform nach den gegebenen Umständen am besten dazu geeignet ist, unser grundsätzliches Anliegen zu verwirklichen, nämlich daß der 1. Mai wieder breit als Kampftag der Arbeiterklasse begangen wird. In bezug auf die Maiaktionen des DGB haben wir nur die eine Seite berücksichtigt, nämlich den Regierungsmai der Bonzen und Minister, nicht aber die Tatsache, daß es innerhalb der Gewerkschaften sehr wohl einen Widerstand gegen eine solche Verfälschung des 1. Mai gibt. Einen Widerstand, der sich etwa im Kampf der Kollegen gegen Saalveranstaltungen, für kämpferische Maidemonstrationen äußerte. Unterschätzt haben wir in diesem Zusammenhang auch die Tatsache, daß sich an den Demonstrationen des DGB zunehmend fortschrittliche Kollegen beteiligen, eben auch solche, die nicht mit dem Regierungsmai nach Art von Vetter und Loderer einverstanden sind.

Zum anderen hat unsere Partei früher am 1. Mai stets die grundlegenden Ziele der Arbeiterbewegung in den Vordergrund gestellt. Dem Kampf um Tagesforderungen aber wurde keine oder nur eine nebensächliche Rolle zugewiesen. Auch diese Auffassung ist nicht richtig und ebenfalls vom Linkssektierertum geprägt. Denn sie führt zur Isolierung von der realen Arbeiterbewegung.

Gewiß hat der 1. Mai als internationaler Kampftag der Arbeiterklasse eine grundsätzliche Bedeutung, die sich nicht im Kampf um wirtschaftliche und politische Reformen erschöpft. Andererseits aber darf man den 1. Mai nicht vom Entwicklungsstand der Klassenkämpfe trennen. Immer müssen im Vordergrund die gerade aktuellen Forderungen und Kämpfe der Arbeiter stehen.

In einer gewöhnlichen Situation sind dies Kämpfe und Forderungen auf der Ebene wirtschaftlicher und politischer Reformen. Ist allerdings eine revolutionäre Situation gegeben, so müssen es natürlich Forderungen sein, die sich unmittelbar auf die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat beziehen.

Ohne Verbindung des 1. Mai mit der jeweiligen konkreten Entwicklung des Klassenkampfes hätte der 1. Mai nie zum Kampftag der Arbeiterklasse werden können. Die Proklamierung des 1. Mai als internationaler Kampftag der Arbeiterklasse war bekanntlich eng mit dem Kampf für den 8-Stunden-Tag verbunden. Stellt man nicht jene Forderungen in den Mittelpunkt des 1. Mai, für die die Arbeiter hier und heute bereit sind, den Kampf zu führen, so verliert er seinen Charakter als Kampftag der Arbeiterklasse.

Wenn wir ehrlich sind, dann waren unsere selbständigen Maidemonstrationen Aktionen mit reinem Propagandacharakter, an denen sich außer den Kommunisten und den Sympathisanten der Partei nur wenige revolutionäre Kollegen beteiligt haben. Das war auch im vergangenen Jahr nicht wesentlich anders, als die Partei die selbständigen Maidemonstrationen der RGO unterstützte.

Wenngleich auf diesen Demonstrationen viele Tagesforderungen mitgetragen wurden, so wurde der propagandistische Charakter dadurch nicht durchbrochen. Man kämpft ja nicht für 20 Forderungen gleichzeitig. Entsprechend der Hauptlosung „Arbeitereinheit gegen Bosse und Bonzen" lag bei diesen RGO-Demonstrationen die Stoßrichtung in der Propagierung der RGO.

So war die von uns in den vergangenen Jahren angewendete Taktik nicht geeignet, dazu beizutragen, daß der 1. Mai wieder breit als Kampftag begangen wird. Deshalb unterstützen wir die gewerkschaftliche Bewegung für einen wirklich kämpferischen 1. Mai. Und wir werden nach unseren Kräften dafür wirken, auf den Maidemonstrationen des DGB die Kollegen unter den Aktionslosungen zusammenzuschließen, die gegenwärtig die Stoßrichtung des Kampfes der Arbeiterklasse angeben.

Für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich!
Für das gesetzliche Verbot der Aussperrung!



„Gscheidle — Arbeitsplatzvernichter No. 1!“ — Kundgebung vor dem Bielefelder Fernmeldehochhaus am 15.3.. Die Teilnehmer sind überwiegend Auszubildende. Sie demonstrieren für die Übernahme in den erlernten Beruf.

Rote Garde ruft auf: Unterstützt die Post-Lehrlinge!

Erfolge im Kampf. Aber noch immer ist die Übernahme im erlernten Beruf nicht garantiert!

Am 21. März blies Postminister Gscheidle zum Rückzug. Der von ihm verfügte Ausnahmestopp für Lehrlinge wurde in seiner ursprünglichen Form zurückgenommen. Allerdings heißt es jetzt auch wieder nur: Die Auszubildenden des Prüfungsjahrgangs 1979 sollen — „soweit Bedarf besteht“ — ausbildungsgerecht übernommen werden. Das heißt, daß es sich hier nur um einen Scheinrückzug handelt.

Der Kampf für die Übernahme aller Lehrlinge in den erlernten Beruf muß unvermindert weitergehen. Die Rote Garde, die Jugendorganisation der KPD/ML, ruft in einem Flugblatt, das im ganzen Bundesgebiet verbreitet wird, dazu auf: „Unterstützt die Post-Lehrlinge!“

In diesem Flugblatt heißt es: „... daß Gscheidle und Co. die Forderungen der Lehrlinge mit Füßen treten, damit war zu rechnen. Doch daß der Hauptvorstand der Postgewerkschaft mit dem Postministerium gemeinsame Sache macht, damit haben viele nicht gerechnet!“

Daß der Kampf gegen Gscheidle und Co. von Anfang an sich zugleich zu einem Kampf gegen die Bonzen des Hauptvorstandes der Postgewerkschaft entwickelte, dafür sind die Aktionen der Betriebsjugendgruppe im Berufsbildungszentrum des Fernmeldeamtes 2 in Bremen ein gutes Beispiel.

Diese Gruppe, die sich bereits im Frühjahr 1978 im Kampf um die Übernahme in den erlernten Beruf organisiert hatte, forderte erfolgreich mit einer Unterschriftensammlung eine Amtsgruppenversammlung der Deutschen Postgewerkschaft. Bereits auf dieser Versammlung, zu der 40 Lehrlinge kamen, versuchten einige Gewerkschaftsfunktionäre, das Ergebnis der Verhandlungen zwischen der Gewerkschaft und der Post — nämlich die Nichtübernahme in den erlernten Beruf — zu verteidigen.

Die Lehrlinge gaben ihnen die richtige Antwort: „Seid ihr von der Post oder von der Gewerkschaft?“ und „Ihr habt scheinbar immer noch nicht begriffen, was wir wollen: Arbeitsplätze — und zwar als Fernmelder!“ Eine Resolution an den Hauptvorstand und ein Antrag an den Amtsgruppenvorstand waren die Krönung einer turbulenten Versammlung, auf der die Bonzen kein Bein an Land bekamen.

Doch dabei blieb die Gruppe nicht stehen. Durch Flugblätter, Auftreten auf einer Veranstaltung mit dem Vorsitzenden der DPG und einem offenen Brief an den Amtsgruppenvorstand machte sich die Betriebsjugendgruppe immer beliebter bei den Kollegen, aber unbeliebter bei der Post.

Auch für die reaktionären DPG-Bonzen entwickelte sich die Betriebsjugendgruppe zum Sorgenkind Nr. 1: Opposition gegen die Beschlüsse des Hauptvorstandes, offene Kritik an den Funktionären, selbständige Aktionen der Jugend für ihre Interessen!

Diese Erfahrungen der Bremer Lehrlinge konnten auch an anderen Orten gemacht werden. Die Rote Garde ruft daher in ihrem Flugblatt dazu auf: „Kämpfen wir in den Gewerkschaften für eine revolutionäre, konsequent gegen die Kapitalisten gerichtete Politik! Stärkt die revolutionäre Opposition in den Gewerkschaften, um die Arbeiterverräter von ihren Posten zu vertreiben!

Macht auch am 1. Mai den Gewerkschaftsbonzen Dampf! Der 1. Mai ist ein Kampftag der Arbeiter! Wir wollen Demonstrationen für die Forderungen der Arbeiter und keine Europa-Wahlveranstaltungen für Heinz Oskar Vetter!

Die Rote Garde fordert:
Übernahme aller Lehrlinge in den erlernten Beruf!
Gesetzlich Garantie der Übernahme!

Polizeiaktion gegen 50 Frankfurter Schüler

Ehemaligen KZ-Häftlingen wird der Zutritt zu Frankfurter Schulen verwehrt!

Mitglieder des Stadtschülerrats Frankfurt hatten sich am 28. 3. beim Frankfurter Schuldezernenten Mihm (CDU) zur Diskussion angesagt. 50 Jungen und Mädchen zwischen 16 und 18 Jahren versammelten sich schließlich morgens um 8 Uhr im 10. Stock des Stadtschulamtes. Mihm verweigerte die Diskussion und — ließ die Jugendlichen kurzerhand entfernen, mit Polizeigewalt!

Dieses Vorgehen des Schuldezernenten ist eine besondere Provokation: Im Rahmen der allgemeinen Diskussion über die Verbrechen des Nazi-Regimes waren ehemalige KZ-Häftlinge, heute Mitglieder der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes (VVN), von Schülern eingeladen worden, vor Schulklassen über ihre Erfahrungen im Hitler-Faschismus zu berichten. Mihm hatte verfügt, daß den Antifaschisten der Zutritt zur Schule verwehrt wird!

Daraufhin hatte der Stadtschülerrat die Öffentlichkeit durch ein Flugblatt informiert, in dem es hieß „Mihm pro Nazi?“ Gleichzeitig hatte er sich bei Mihm zur Diskussion angesagt. Es gibt da in der Tat einiges zu diskutieren.

Seit Ende des Krieges ist es gängige Praxis an deutschen Schulen, daß die Zeit des Nazi-Faschismus im Unterricht kaum oder nur flüchtig behandelt wird. An westdeutschen Schulen ist es sogar möglich, daß faschistische Lehrer die Nazi-Herrschaft verherrlichen. Systematisch hat man versucht, die faschistischen Verbrechen des deutschen Imperialismus vor der Jugend zu verheimlichen, herunterzuspielen oder zu vertuschen. Und wenn — wie jetzt in Frankfurt — Schüler auf die Auseinandersetzung mit der faschistischen Vergangenheit drängen, fällt dem Herrn Schuldezernenten nichts anderes ein als nach der Polizei zu rufen.

Man muß sich einmal vorstellen: Weil der Herr Mihm sich nicht „in einer Atmosphäre unsachlicher Protestgebärden eine ‚Diskussion‘ aufzwingen“ lassen will — wie er sich selbst ausdrückt — werden 50 Schüler mit Gewalt auf das Polizeipräsidium geschleppt, erkennungsdienstlich behandelt (Fingerabdrücke, mit Namensschild um den Hals fotografiert), die Mädchen körperlich untersucht und alle erst sechs Stunden später wieder entlassen. Außerdem war einem fotografierenden Vertreter der Schülerzeitung der Film abgenommen worden.

Und diese ganzen Maßnahmen wurden nicht vom zuständigen Fachkommissariat, sondern von der Staatsschutzabteilung der Polizei vorgenommen. Diskussion über den Faschismus — ein Staatsschutzdelikt!

Um der großen Empörung über diese Polizeistaatsmethoden zu begegnen, verstieg sich Mihm zu plumpen Lügen, wie etwa der Behauptung, die VVN wäre in einigen Bundesländern verboten. Außerdem wies er darauf hin, daß es einen vom SPD-Vorstand ausgesprochenen Unvereinbarkeitsbeschluß gegen die VVN gäbe. In diesem Punkt hat der CDU-Mann allerdings recht. So unglaublich es klingen mag: unvereinbar mit einer Mitgliedschaft in der SPD ist die gleichzeitige Mitgliedschaft in der VVN; **nicht** unvereinbar dagegen ist die gleichzeitige Mitgliedschaft in der SS-Nachfolgeorganisation Hiag.

Inzwischen haben Lehrer in Resolutionen das Vorgehen Mihms gegen die VVN-Vertreter und den Schülerrat scharf verurteilt. Auch der Vorsitzende des Elternbeirats der Ernst-Reuter-Schule I, der mit Schülern nach der Polizeiaktion gesprochen hatte, berichtete, daß mehrere Jugendliche durch die Polizeimaßnahmen regelrecht geschockt seien.

In einer Protesterklärung der Ortsjugendkonferenz der IG Metall/Frankfurt wird das Verhalten Mihms auf das schärfste mißbilligt und sein Rücktritt gefordert. Aus diesem Anlaß fordern die dort vertretenen Delegierten aus 80 Frankfurter Betrieben: mehr Aufklärung über Faschismus!

„Silberner Maulkorb“ für Zensur von Schülerzeitung

Den „Silbernen Maulkorb“ verlieh jetzt die „Junge Presse Bayerns (JPB) e.V.“ dem Direktor des Münchner Wittelsbacher Gymnasiums. Diese Auszeichnung, die vor ihm schon der bayrische Kultusminister Hans Maier bekommen hatte, erhielt der „Pädagoge“ für seine Verdienste um die Schülerzeitungszensur und die Einschränkung der Meinungsfreiheit.

Obwohl die Auszeichnung der JPB jedes Jahr an verdiente Meinungsunterdrücker und Zensoren verliehen wird, hatte man in diesem Jahr doch einen außerordentlich auszeichnungswürdigen Kandidaten gefunden.

Bereits die Schulordnung mit ihren willkürlichen Schulstrafen an diesem Gymnasium macht jedem klar, wer hier der Herr im Hause ist. Als der Kollegstufensprecher des Gymnasiums gegen die Schulstrafen protestierte und dabei kein Blatt vor den Mund nahm, gab es am Tag darauf eine Antwort des Chefs. Und zwar mit einer „Phonstärke, daß man um seine Stimmbänder fürchten mußte“, wie die unabhängige Schülerzeitschrift „Wie kurz“ berichtete.

Ein Schreiben des Direktors an den Jugendredakteur, das nun folgte, spricht für sich. Darin heißt es: „... unterstehen Sie schulrechtlich der von mir geführten Schule. So wie ein Betriebsangehöriger nicht gegen die Betriebsleitung öffentlich vor der Haustüre ohne Gefährdung seiner Betriebszugehörigkeit Hetzartikel oder sonstige betriebsinterne Vorkommnisse verbreiten darf, so werden auch Sie sich für derartige Manipulationen zu verantworten haben.“

Strenger Verweis für diejenigen Schüler, die hier „rebellisch“ geworden waren und Drohungen folgten: „Sollte unter Ihrer Regie als Herausgeber des ‚Wie kurz‘ eine weitere Nummer ... vor dem Schulhaus verkauft werden, so rate ich Ihnen, vorher das Wittelsbacher-Gymnasium zu verlassen...“

Der „silberne Maulkorb“ ist eine erste Reaktion der Schülerschaft auf diesen Direktor Josef Weisenberger und sein „fröhliche Urständ feierndes feudalistisches Gedankengut“. Man kann nur hoffen, daß es nicht die letzte ist.

NPD-Landeschef als Major - Antifaschisten im Bunker

Am Wochenende vom 31. März zum 1. April wurde auf dem Landesparteitag der nordrheinwestfälischen NPD in Brüggen der aktive Bundeswehrmajor Karl-Heinz Lindner zum Landesvorsitzenden gewählt. Noch im letzten Jahr hatte er auf einer Hamburger NPD-Kundgebung geäußert: „Wir leugnen die Kriegsschuld.“ — Zwei Tage später wird der Bundeswehrstabsarzt Rudolf Schröder zu zehntägigem Arrest verdonnert. Er hatte in einer Gedenkrede zu Ehren der revolutionären Matrosen Reichspietsch und Köbis die neonazistischen Umtriebe in der Bundeswehr angeprangert.



Soldat Conrad (l.) bei der Kranzniederlegung in Dachau: Dafür kassierte er drei Tage Arrest

Der Gefreite Anseln Conrad von der Sanitätsstaffel des Fliegerhorsts Kaufbeuren wurde am 20. November 1978 zu drei Tagen Arrest verurteilt. *„Er hat am 11. 11. 78 in Dachau im ehemaligen Konzentrationslager bei einer Veranstaltung der bayrischen DGB-Jugend in Uniform einen Kranz niedergelegt.“* (Auszug aus der Urteilsbegründung). Es handelte sich bei der Gewerkschaftsveranstaltung um den 40. Jahrestag der „Reichskristallnacht“.

Doch der engagierte Antifaschist ließ sich das nicht gefallen und nahm den Kampf dagegen auf. Er legte Beschwerde ein und nahm an einer Demonstration in Kaufbeuren teil, wo er am Kasernentor eine Rede hielt. Am 22. Dezember wurde die Arreststrafe vom zuständigen Truppendienstgericht aufgehoben.

Zwei Tage vor der richterlichen Entscheidung hatte die Bundeswehr erneut zugeschlagen. Diesmal wurde kräftiger zugelangt: vierzehn Tage Bunker! Gewichtigstes Argument: Man fand in seiner Unterkunft „belastendes Material“, ein Wahlplakat der DKP, ein Poster mit der Bezeichnung „Demokratenfresser“ für den damaligen Heeresinspekteur Hildebrand, ein weiteres, auf dem die glänzenden Straußschen Rüstungsgeschäfte „gewürdigt“ werden und Zitate von Marx, Engels und Lenin.

Conrad legte erneut Beschwerde ein, die diesmal am 31.1.79 verworfen wurde. Man war der Ansicht, sein Material sei bei seiner *„politischen Aktivität“* logischerweise *„nur auf die Beeinflussung von Kameraden gerichtet“*. Am 5. März wurde die Strafe vollstreckt.

So wird die politische Unterdrückung in der Bundeswehr immer weiter verschärft. Man kann davon ausgehen, daß auch bei den kommenden Maidemonstrationen wieder — wie es schon in den vergangenen Jahren der Fall war — Feldjäger Jagd machen werden auf uniformierte Bundeswehrsoldaten. Nicht aktiv wurden die Feldjäger allerdings, als beim letzten CSU-Parteitag drei hohe Offiziere in Uniform auftraten.

Und wie steht es mit dem Nazi-Major Lindner? Seine Verteidigung des faschistischen Aggressionskrieges, ist sie nicht „auf die Beeinflussung von Kameraden gerichtet“? Natürlich ist sie das. Und selbst die Verfassungsschutzberichte müssen eingestehen, daß Lindner kein Einzelfall ist, daß vielmehr gerade unter Berufsoffizieren die Zahl der aktiven Neofaschisten ständig zunimmt. Nur — für diese braunen Banditen gab es keinen Rausschmiß aus der Bundeswehr, ihre faschistische Hetze wird nicht mit Arrest geahndet.

Gerade die Vorgänge in der letzten Zeit werfen ein bezeichnendes Schlaglicht auf den Charakter der Bundeswehr. Sie ist ein Instrument für Krieg und Bürgerkrieg in den Händen der westdeutschen Imperialisten. Deshalb wird die faschistische Wühlarbeit der Nazis wohlwollend geduldet und auf der anderen Seite jede demokratische und antifaschistische Regung brutal unterdrückt.

— GEGEN REAKTION UND FASCHISMUS! —



Großes Interesse am Infostand der Gruppe Kieler Antifaschisten

Weg mit dem „Sturmwind"-Buchladen!

Die „Gruppe Kieler Antifaschisten" berichtet über ihren Kampf gegen den faschistischen Buchladen

Die „Gruppe Kieler Antifaschisten" hatte sich einen Namen durch ihre Aktionen gegen eine faschistische Filmreihe sowie durch ihren Kampf gegen den faschistischen „Sturmwind"-Buchladen gemacht. Über die weitere Arbeit ihrer Gruppe berichteten uns die Genossen:

„Nach unserer Filmveranstaltung zum 30. Januar verstärkten wir unsere Aktivitäten gegen die Neonazis in Kiel und — im Zusammenhang mit der praktischen Arbeit — die Diskussion innerhalb der Gruppe über die Perspektiven antifaschistischer Arbeit heute und über weitere Aktionen in diesem Jahr.

Vor allem verbreiteten wir weiter unser Flugblatt gegen das Zentrum der Nazibanden bei uns, den „Sturmwind"-Buchladen. Dieses Flugblatt, das über das Wesen dieses Ladens aufklären und Protest in der Bevölkerung hervorrufen sollte. steckten wir als erstes im Wohnviertel rund um den Naziladen. Eine Woche später begannen wir dort eine Unterschriftensammlung. Unser Ziel war es, zum einen die Meinung der Bewohner zu diesem Laden in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft zu erfahren und darüber hinaus einen breiten Zusammenschluß dagegen zu erreichen.

Die überwiegende Mehrheit der Menschen dort ist strikt gegen den Laden. „Endlich macht einmal einer etwas dagegen!" „Der gehört schon lange dichtgemacht!" und „Wieso unternimmt eigentlich die Stadt nichts dagegen?" waren sehr häufige Reaktionen. Viele berichteten uns empört über das provozierende Auftreten der Neonazis.

„Man muß ja Angst haben, wenn man im Dunkeln da vorbei kommt, sagte uns die Frau. Und sehr viele Menschen unterschrieben unsere Listen. Inzwischen haben wir, in gut zwei Monaten, haben wir, in gut zwei Monaten, fast 1.000 Unterschriften gesammelt!

Dazu trugen neben den Hausbesuchen und Sammlungen der einzelnen Mitglieder der Gruppe unter Kollegen, Freunden usw. auch zwei Informationsstände in der Kieler Innenstadt bei. Die Informationstafeln, die wir zusammen hergestellt hatten, verursachten wahre Menschenaufläufe. Wir führten viele Gespräche, und jedesmal kamen innerhalb von ca. zwei Stunden über 90 Unterschriften zusammen!

Wir haben die Erfahrung gemacht, daß nicht jeder, der für die Schließung des Nazi-Ladens ist, auch unterschreiben will. Manche hatten Angst, sie könnten „irgendwie" Repressalien ausgesetzt sein. Deshalb haben wir auf den Listen ausdrücklich vermerkt, daß wir die **Anzahl** der Unterschriften von einem Notar beglaubigen lassen und damit dann zur Stadt gehen werden.

Aber auch die, die aus Angst nicht unterschrieben, wünschten uns viel Erfolg, baten uns zum Teil, sie wieder zu besuchen, was wir natürlich auch tun werden.

Mit zur Empörung über den „Sturmwind"-Laden trug bei, daß wir aufzeigen konnten, daß die jetzt inhaftierten Kieler Neonazis Stubbemann, Pahl usw. in diesem Laden ein- und ausgingen. Stubbemann, den die Kieler Justiz im letzten Jahr noch aus der U-Haft als Zeugen im Kieler Antifaschistenprozeß gegen Antifaschisten holte, sitzt jetzt wieder wegen Planung eines Fememordes an „abtrünnigen" Nazis.

Außerdem wollte er mit anderen angeblich Stoltenberg umlegen. Jeder fortschrittliche Mensch, bei dem nur der Verdacht auf eins der verschiedenen Delikte von Stubbemann und Co. bestünde (Giftdiebstahl, Waffenbesitz, Mordpläne...) wäre längst auf Jahre hinter Gittern verschwunden.

Das Hauptergebnis unserer Aktion war also, daß wir Kontakt zu sehr vielen interessierten Menschen bekommen haben, von denen einige auch bei uns mitmachen wollen. Ein Lehrer zum Beispiel hat einmal unsere Informationstafeln mit in die Schule genommen, als dort über „Holocaust" gesprochen wurde und uns anschließend mit einigen Schülern besucht!

Jetzt werden wir die Unterschriftensammlung zu einem vorläufigen Abschluß bringen, um vor den Landtagswahlen eine Antwort der Stadt zu erwirken und diese verbreiten zu können, zum Beispiel auch auf Wahlveranstaltungen, wo Werktätige sind, die Politiker zur Stellungnahme zu bringen. Die Aktion gegen den „Sturmwind"-Laden ist auch nur ein Bestandteil unserer Arbeit.

Unsere Gruppe hat sich inzwischen eine Plattform erarbeitet. Die weiteren Ziele unserer Arbeit in diesem Jahr haben wir in einem vorläufigen Arbeitsplan festgelegt. Für wichtig halten es alle Mitglieder der Gruppe, vor allem Werktätige in die regelmäßige Arbeit miteinzubeziehen und, zum Beispiel im Kampf gegen die Aussperrung, mit betrieblichen und gewerkschaftlichen Gruppen zusammenzuarbeiten.

Dazu zählt auch die RGO, trotz unterschiedlicher Auffassungen innerhalb der Gruppe über die oppositionelle Arbeit in Betrieb und Gewerkschaft. Denn der Kern der antifaschistischen Einheitsfront ist die Arbeiterklasse!"

Kontaktadresse der GKA:
Dietrich Lohse
Schauenburger Straße 83
2300 Kiel 1
Tel.: 0431/562116

SS-Obersturmbannführer freigesprochen

Der ehemalige SS-Obersturmbannführer Kurt Heinemeyer aus Hannover ist jetzt freigesprochen worden, weil „die Zeugenaussagen zu widersprüchlich" gewesen seien. Heinemeyer ist beschuldigt worden, im Distrikt Krakau 1943 an der Ermordung von 30 bis 40 Polen beteiligt gewesen zu sein. Selbst der Staatsanwalt hatte acht Jahre Freiheitsstrafe gefordert!

Die „falschen" Zeugen

Christian Gercke war wegen eines „Demonstrationsdelikts" angeklagt und freigesprochen worden, weil drei belastende Polizeiaussagen von sieben Zeugen widerlegt wurden.

Jetzt ging die Staatsanwaltschaft in die Berufung mit der Begründung, die Entlastungszeugen seien „unglaubwürdig". Vier der Zeugen sympathisierten nämlich nach Auskunft des Verfassungsschutzes mit dem Angeklagten und hätten auch schon an ähnlichen Demonstrationen teilgenommen wie der Angeklagte.

Dieser Fall beweist: Der „Anspruch des Zeugen auf angemessene Behandlung und Ehrenschutz" (Urteil des Bundesverfassungsgerichts) ist nichts als eine betrügerische Phrase!

„Beweis"-Führung

„In meinem Verfahren hatte es nur einen Polizeizeugen gegeben, der mich belastet und ausgesagt hat, daß er geschlagen wurde mit einem harten Gegenstand auf den Helm. Schlagspuren: keine. Vor dem angeblichen Schlag sah er mich als ‚schattenhafte menschliche Gestalt'. Danach hätten mich zwei Kollegen festgenommen und mich an ihn mit den Worten: ‚Dies ist derjenige, der dich geschlagen hat' abgeliefert — bloß die Kollegen waren im Gerichtsverfahren nicht aufzutreiben."

Aus der Presseerklärung von Christian Gercke, der im Grohnde-Prozeß mit obigem „Beweis" zu elf Monaten ohne Bewährung (!) verurteilt wurde.

Solidarität mit Rechtsanwalt Flint

Das skandalöse Urteil von sechs Monaten Freiheitsstrafe auf Bewährung wegen Verstoßes gegen die neu erfundene „Hör- und Erinnerungspflicht" gegen den Dortmunder Rechtsanwalt Gerd Flint (siehe RM 13/79) hat große Empörung, aber auch Solidarität hervorgerufen. Ein Beispiel der Solidarität drucken wir im folgenden ab:

Burkhard Viehoff
Münster

An Herrn
Gerd Flint
Rechtsanwalt
Viktoriastraße 32
46 Dortmund 1

Sehr geehrter Herr Flint!

Mit großer Betroffenheit habe ich von Ihrer Verurteilung erfahren. Ich konnte es zunächst kaum glauben, aber da stand es: schwarz auf weiß.

Ich selber habe, verständlicherweise, nicht die beste Meinung von der hiesigen Justiz und ihren Repräsentanten und daraus habe ich in dem Prozeß gegen mich vor Gericht ja auch keinen Hehl gemacht. Zu meiner Verurteilung standen den „hohen Herren" denn auch genügend Paragraphen zur Verfügung.

Sie dagegen sind ja bei der Beachtung und Berücksichtigung der Paragraphen, soweit ich das beurteilen kann, sozusagen (entschuldigen Sie den Ausdruck) „päpstlicher als der Papst". Aber gerade das muß diese Herren wohl unheimlich gefuchst haben. Nicht verwunderlich ist es also, daß sie Ihnen jetzt abseits von ihrem rechtsstaatlichen Paragraphengestrüpp, aus Ihrem nicht vorschriftsgemäßen „Hör- und/oder Konzentrations- bzw. ‚Erinnerungs'vermögen" einen Strick zu drehen versuchen.

Bei aller in diesem Staat bereits notwenigen Distanz zwischen Verteidiger und Mandant möchte ich Sie doch meiner besten und aufrichtigsten Solidaritätswünsche beim Vorgehen gegen diesen unerhörten Angriff gegen Sie und gegen alle anderen Rechtsanwälte, die sich nicht zum Anhängsel und Papageien der Staatsanwaltschaft machen lassen, versichern.

Lassen Sie sich nicht unterkriegen

mit besten Grüßen
Ihr ehemaliger Mandant

Prozeß gegen Anwälte Müller und Newerla

„Die Befangenheit gehört zum Futter ihrer Robe"

Der Ausgang des Prozesses gegen die RAF-Anwälte Arndt Müller und Armin Newerla ist schon heute abzusehen: Hier sollen Rechtsanwälte fertiggemacht werden, die es gewagt haben, ihre Aufgaben als Strafverteidiger von Klienten wahrzunehmen, die als Staatsfeinde angesehen werden.

Gleichzeitig soll mit der zu erwartenden Verurteilung die „Selbstmordlegende von Stammheim" untermauert werden. Die gekauften ehemaligen RAF-Mitglieder Speitel und Hans Joachim Dellwo sind die „Kronzeugen" dieses Prozesses. Nachdem sie die beiden Rechtsanwälte als „Waffenschmuggler der RAF" belastet hatten, bekamen sie ihren eigenen Prozeß, in dem ihre „Aussagen" mit milden Urteilen belohnt wurden. (Dellwo ist jetzt bereits wieder auf freiem Fuß!).

Zu diesem Prozeß wurden Müller und Newerla absichtlich nicht als Zeugen geladen. So konnten die „Kronzeugen" ungestört erzählen. Und beim jetzigen Prozeß gegen die Anwälte gelten ihre Aussagen als „bewiesen". Als besondere Provokation wurde für das jetzige Verfahren auch noch derselbe Gerichtssenat genommen, der ja schon durch sein Urteil über Speitel und Dellwo zu erkennen gegeben hat, daß er deren „Aussagen" glaubt.

Die Mitglieder dieses Senats brauchen sich durch die Beweisaufnahme nicht mehr überzeugen zu lassen, sie brauchen nur noch abzuurteilen! Trotzdem wurde ein Befangenheitsantrag der Verteidiger Müllers und Newerlas abgelehnt.

Mit welchen Methoden der Gerichtsvorsitzende den Prozeß durchzuführen gedenkt, zeigte er gleich zu Beginn: Arndt Müller erhielt drei Tage Ordnungshaft. Er hatte sich nicht das Wort entziehen lassen wollen, nachdem er die Richter „Frontkämpfer im Gerichtssaal" genannt und gesagt hatte: „Die Befangenheit gehört zum Futter ihrer Robe."

Mit diesem Prozeß soll ein neuer Schlag gegen die Anwälte geführt werden, die sich als Strafverteidiger nicht zum bedingungslosen Werkzeug einer jeden Widerstand verfolgenden Staatsanwaltschaft machen lassen wollen.

Angeklagte im dpa-Prozeß wie Raubtiere vorgeführt

Nach Verhandlung mit Rollkommandos fertiggemacht!

Unter Bedingungen, wie man sie nur im Faschismus für möglich hält, wurde in Frankfurt der „dpa-Prozeß" eröffnet. Gefesselt wurden die elf Angeklagten in den Saal geführt. „Wie Raubtiere vorgeführt" - so einer der Anwälte.

Ein Antrag, wenigstens während der Verhandlung die Fesseln abzunehmen, wurde abgelehnt. Ebenfalls erst mit einem Antrag mußten die Rechtsanwälte durchsetzen, daß sie gemeinsam mit allen Angeklagten vor Eintritt in die Beweisaufnahme eine Beratung durchführen konnten, was ihnen bis dahin verweigert worden war.

Nach der ersten Verhandlung fiel dann ein Rollkommando von 15 Mann über die vier weiblichen Angeklagten in der Zelle her, verprügelte sie und fügte ihnen Verletzungen zu. So wurde zum Beispiel der 28jährigen Rosemarie Priess das Zungenbein gebrochen.

Was für „Verbrechen" haben die elf Angeklagten denn begangen? Sie haben mit der Besetzung des dpa-Büros in Frankfurt verzweifelt auf die katastrophalen Haftbedingungen der politischen Gefangenen Werner Hoppe und Karlheinz Dellwo hinweisen wollen!

Diese Angeklagten kommen nicht in den Genuß, wie „Gentlemen" vor Gericht behandelt zu werden. Sie sind ja auch keine tausendfachen KZ-Mörder, die ihre Gönner in den höchsten Spitzen des Staates und insbesondere der Justiz sitzen haben!

Die Verteidiger der Angeklagten haben inzwischen Strafanzeige wegen Körperverletzung im Amt und versuchten Mordes angekündigt.

Freispruch für die Angeklagten im dpa-Prozeß!

85 Unterschriften gegen Verjährung

Das Antifaschistische Komitee Coburg führte am Samstagvormittag, den 17.3.79 in der Coburger Innenstadt eine Aktion gegen die Verjährungsbestrebungen von Nazi-Verbrechen durch.

„Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!", „Keine Verjährung von Nazi-Verbrechen!" — Mit diesen Parolen traten Mitglieder des Komitees an die Öffentlichkeit. Besonders eine Wandtafel, auf der mit Dokumentarfotos der Terror von SA und SS gegen Arbeiter und kommunistische Funktionäre gezeigt wurde, weiterhin erschütternde Bilder aus KZs, erregte bei den Passanten sehr großes Interesse.

Immer wieder bildeten sich Diskussionsgruppen, die den Stand umringten. 85 Unterschriften gegen die Verjährung von Nazi-Verbrechen, für das Verbot aller faschistischen Organisationen konnten innerhalb von vier Stunden gesammelt werden.

Vorwärts zu einer starken Front gegen Reaktion und Faschismus!





Diese lange Route hatte der Treck der AKW-Gegner aus Oldenburg und Bremen. In Hannover vereinigten sich die verschiedenen Trecks und Demonstrationszüge zu der machtvollsten Anti-AKW-Kundgebung seit Bestehen der Bundesrepublik. (Bild rechts: Hannover)

Tagebuch eines Trecks

Volkskorrespondenz aus Oldenburg

In der Zeit vom 25.3.79 bis 31.3.79 marschierten ca. 55 AKW-Gegner von Oldenburg nach Hannover. Aufgerufen zu diesem Treck hatte die BI-Oldenburg und die Bremer Bürgerinitiative gegen Atomanlagen (BBA). Mit diesem Treck sollte die Solidarität der Oldenburger und Bremer AKW-Gegner mit dem Kampf der Bevölkerung des Landkreises Lüchow-Dannenberg ausgedrückt werden. Es sollten durch den Treck mehr Informationen auch in die ländlichen Gebiete zwischen Oldenburg und Hannover getragen werden. Im folgenden berichte ich über den Verlauf dieses Fußmarsches:

1. Tag

Um 9.00 Uhr treffen wir uns auf dem Schloßplatz in Oldenburg und marschieren dann nach Wildeshausen. Im dortigen Jugendzentrum wird abends der Film „Mehr Atomkraftwerke" gezeigt, und eine Oldenburger Musikgruppe spielt und singt Anti-AKW-Lieder. Wir übernachten außerhalb von Wildeshausen auf dem Hof einer Landwohngemeinschaft.

2. Tag

Wir marschieren zunächst nach Harpstedt, wo wir eine Mittagspause machen und ein Theaterstück zum Bohrbeginn in Gorleben aufführen. Nachmittags geht es weiter nach Bassum, wo wir in einer Gastwirtschaft den Film vorführen, einen Büchertisch aufstellen und eine Informationsveranstaltung durchführen. Wir schlafen in und um Bassum bei verschiedenen AKW-Gegnern.

3. Tag

An diesem Tag gehen wir die Strecke Bassum-Sulingen. Mittags wird in dem Dorf Scholen gerastet. Hier spendet uns eine Frau 100 Mark. Bei dieser Rast verliert uns das bewachende Polizeiauto, da wir uns kurzfristig während einer Unaufmerksamkeit der Ordnungshüter auf einen Bauernhof zurückziehen. Nach der Pause sieht man mehrere Polizeifahrzeuge, die uns suchen und froh sind, als sie uns wiederfinden. An diesem Nachmittag fallen uns die vielen tieffliegenden Militärflugzeuge auf, die zeitweise unsere Marschkolonne als Übungsziel auf der Bundesstraße 61 benutzen.

In Sulingen ist wieder eine gutbesuchte Veranstaltung mit Film, Theater und Büchertisch im Jugendzentrum um 18.00 Uhr und eine weitere Veranstaltung in einer Gaststätte um 20 Uhr. Bei diesen Veranstaltungen kommt auch heraus, daß die örtliche Polizei in den Tagen vorher versuchte, den Gastwirt und die AKW-Gegner, die uns bei sich übernachten lassen, einzuschüchtern.

4. Tag

An diesem Mittwoch fallen uns als erstes wieder die vielen Militärmaschinen auf, die hier Tiefflugmanöver machen. Bis zum Mittag demonstrieren wir in Sulingen und fahren bzw. laufen dann bis zur Kreisgrenze des Landkreises Nienburg. Von dort aus marschieren wir nach Nienburg wieder als geschlossene Kolonne.

Im dortigen Jugendzentrum läuft abends wieder eine Veranstaltung mit Film, und wir schlafen in der Nähe von Nienburg in der Diele eines Bauernhauses einer Wohngemeinschaft.

5. Tag

Mit einem Bus fahren wir von Nienburg bis kurz vor Celle. Nach einer kurzen Pause marschieren wir im Regen durch die Innenstadt von Celle und gehen dem Treck der Lüchow-Dannenberger entgegen. Beim Treffen der beiden Trecks am Stadtrand von Celle ist die Freude groß und jeder Treckteilnehmer sammelt trotz des schlechten Wetters neuen Mut. Vergessen sind auch die Blasen an den Füßen. Während wir geschlossen zurück durch Celle ziehen, singen wir das „Katastrophenlied":

Schließen Sie die Türen und
die Fenster dicht
Vergessen Sie die anderen
Öffnungen nicht!
Stellen Sie die Be- und
Entlüftung ab,
Gehen Sie nicht mehr auf
die Straße hinab.
Dann vermeiden Sie den
Kontakt mit dem Tod,
Der durch radioaktive
Verseuchung droht!

Refrain:
Es besteht kein Grund zur
Aufregung
Alle Maßnahmen zur
Beseitigung
Der Störfall und ihrer
Folgen sind schon im Gange
— Bleiben Sie ruhig,
es dauert nicht lange!

Bei der anschließenden Kundgebung auf dem Marktplatz singt u. a. auch Walter Mossmann das „Gorleben"-Lied.

6. Tag

An diesem Freitag trecken die Oldenburger zusammen mit den Lüchow-Dannenbergern, den Cellern und den Berlinern nach Hannover bis zum Stadtrand. Eine Pause wird mittags in einer Reithalle in dem Dorf Schillerslage eingelegt. Es sind jetzt etwa 1.000 Menschen, die Richtung Hannover ziehen. Vom Stadtrand aus fahren wir dann mit der U-Bahn zu unseren Quartieren. **Abends hören wir das erste Mal von der Katastrophe in Harrisburg.**

Am 31. morgens fahren wir zum Platz „Vier Grenzen" und nehmen an der großen Demonstration gegen das NEZ in Gorleben und gegen das Atom-Programm der Bundesregierung teil. Bei der Aufstellung zur Demonstration sehen wir die vielen Menschen und freuen uns, durch unseren Fußmarsch auch etwas dazu beigetragen zu haben.

Zum Schluß einige Bemerkungen zu unserem Fußmarsch: Es war auffallend, daß viele Menschen auf dem Weg des Trecks uns freundlich empfingen und uns auch zum Teil mit großzügigen Spenden unterstützten. Zu loben ist der Essensdienst der BI Oldenburg, der uns mit warmem Essen versorgte und die Gastfreundschaft unserer Gastgeber an den jeweiligen Orten. In den Regionalzeitungen erschienen teilweise sehr wohlwollende Artikel über unseren Treck.

Je besser die AKW-Gegner an den betreffenden Orten die Veranstaltungen vorbereitet hatten, desto mehr Menschen kamen abends. Die Jugendzentren und Gaststätten waren manchmal regelrecht überfüllt.

Solch ein Treck ist eine sehr gute Möglichkeit, um viele Menschen in ländlichen Gebieten zu erreichen und auch viele Informationen in den Kleinstädten und Dörfern mit Flugblättern und Büchertisch zu verteilen. Als Fußgänger hat man von vornherein Sympathie. Auch viel Autofahrer auf den von uns benutzten Straßen hielten an oder fuhren etwa langsamer, um Flugblätter zu bekommen und zu diskutieren.

Den Widerstand gegen das Atomprogramm der Bundesregierung und gegen das NEZ in Gorleben gibt es überall! Keine Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben und auch nicht anderswo! Gorleben ist überall!

NPD-Landesparteitag in Brüggen

„. . . aber wenn ich jetzt einen Panzer hätte!"

Volkskorrespondenz aus Viersen

Zuerst trifft eine Hundertschaft Polizisten aus Bochum ein, abkommandiert, eine Viersener NPD-Kundgebung anläßlich ihres Landesparteitages in Brüggen zu schützen. Zischen 9.30 Uhr und 10.45 Uhr treffen die Antifaschisten ein, Gewerkschafter, Demokraten, Genossen der Partei und der Roten Garde. Flugblätter rufen die Bevölkerung zu einer Gegendemonstration auf. Rund achtzig Antifaschisten marschieren durch die Fußgängerzone in Richtung Nazi-Kundgebung.

Die findet ca. drei- bis vierhundert Meter entfernt statt, denn die Nazis haben für das Fußgängerzentrum keine Genehmigung erhalten, zweifellos ein Erfolg der vielen antifaschistischen Aktionen der letzten Wochen und Monate.

Ein Häuflein von fünfzehn bis zwanzig Faschisten war in Aufstellung gegangen. Vierzig Polizisten bilden eine Schutzkette. **„Nazis raus!", „Jagt ihn weg, den braunen Dreck!"** und **„Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!"** sind die Parolen, die den Polizisten und Faschisten aus hundert bis hundertfünfzig Kehlen entgegenschallen.

Als die Polizisten sich anschicken, Megaphone zu beschlagnahmen, ertönt es laut: **„Deutsche Polizisten schützen die Faschisten!"**

Ein älterer Beamter versucht es auf die freundliche Tour: *„Wenn ihr nicht gekommen wärt, wären die schon lange weg." — **„Ja, und wenn ihr nicht gekommen wärt, wären die auch schon lange weg"***, ist die schlagfertige Antwort, die mit Gelächter und Beifall bedacht wird.

Da die ganze Kundgebung der Nazis auch zu dem Zweck organisiert wird, dem Landesparteitag in Brüggen den Rükken frei zu halten, demonstrieren wir gegen 11.45 Uhr noch durch die Fußgängerzone und machen uns dann auf den Weg nach Brüggen.

„. . . gesichert wie die Bank von England . . .": Die Burg, auf der der Parteitag stattfand

Der Parteitag findet auf einer Burg statt. Sie ist gesichert wie die Bank von England. Halb herum der alte Wassergraben, an dessen Ufer 2 Meter hoher NATO-Draht. An Stellen, die nicht durch den Graben gesichert sind, 2,5 Meter hoher NATO-Draht und Eisengitter, jede Menge Polizisten dahinter. Der Eingang wird noch einmal von einer dreißigköpfigen Staffel gehalten. Ein Schwarm von Spitzeln der Politischen Polizei geht seiner Arbeit nach, da wird emsig gefilmt und fotografiert.

Auch hier zeigt sich wieder: **Gäbe es keinen massiven Polizeischutz für das Faschistengesindel, sie könnten weder Kundgebungen, noch Märsche, noch Parteitage abhalten, sie würden überhaupt kein Bein mehr auf die Erde bringen.**

Ein junger Antifaschist meinte: *„Ich bin ja eigentlich gegen Gewalt, aber wenn ich jetzt einen Panzer hätte. . ."*



Antifaschistische Kundgebung in Viersen: Zahlreiche Antifaschisten stehen einem kleinen Häuflein von Nazis gegenüber

Aller guten Dinge sind drei

Volkskorrespondenz aus Rodgau

Wenig Glück hat die neonazistische „Aktionsgemeinschaft Nationales Europa" (ANE) zur Zeit mit ihren Wahlveranstaltungen in Stadt und Kreis Offenbach.

Den ersten Anlauf nahmen sie im Kolleg des Offenbacher Stadthallenrestaurants. Die Veranstaltung begann planmäßig gegen 20 Uhr. Doch eine Stunde später flog die Tür auf, vierzig Antifaschisten erwiesen den Nazis ihre Reverenz. Im nächsten Augenblick nahmen drei der zehn anwesenden Faschisten die Beine in die Hand und ergriffen die Flucht.

Die ausliegende faschistische Literatur flog in hohem Bogen in den vorbeifließenden Hainbach. Mit Pistolen im Anschlag kehrten die geflohenen Nazis zurück. Als im darauffolgenden Handgemenge herauskam, daß es sich „nur" um Gaspistolen handelte, kam Leben in den Laden.

Die Nazis bezogen ihre wohlverdiente Abreibung.

Die herbeigerufene Polizei förderte noch Knüppel, Totschläger und die Kette einer Motorradsäge zutage. Der Wirt erklärte die faschistische Veranstaltung für beendet. Einige Nazis trafen sich auf der Unfallstation des nächsten Krankenhauses wieder.

Der zweite Versuch kam erst gar nicht richtig ins Rollen. Die Nazis wollten sich in Rodgau-Dudenhofen treffen. Schnell hatten die Antifaschisten eine hunderköpfige Demonstration durch Rodgau auf die Beine gestellt. „Nazis raus aus Rodgau!" riefen sie, als man sich vor der Kneipe verammelte, wo die Nazis ihre Versammlung abhalten wollten. Fünf anwesende Nazis retteten sich flugs in den bereitstehenden Mannschaftswagen der Polizei, die sie dann auch brav nach Hause chauffierte. **„Deutsche Polizisten schützen die Faschisten!"** war die Antwort der Nazigegner.

Doch die ANE mit Emil Dilger (55) und seinen beiden Söhnen an der Spitze ist ein sturer Verein.

Der dritte Versuch sollte in Seligenstadt inszeniert, werden. Doch nun ging die ganze Angelegenheit noch kläglicher in die Hose. Während sich nur noch fünf Faschisten an den Veranstaltungsort trauten, hatten sich diesmal zweihundert Antifaschisten eingefunden. Die anwesenden Polizisten sorgten dafür, daß die Nazis ohne Prügel davonkamen.

In einem dreißig Wagen starken Autokonvoi gings ins benachbarte Rodgau, wo sich die ANE-Wahlzentrale befindet. Bei der anschließenden Demonstration spendeten einige Leute an den Fenstern Beifall und riefen die Parolen mit. Die „Initiative Antifaschismus Rodgau" plant jetzt eine noch größere Demonstration durch den Ortsteil Nieder-Roden.



„Nazis fort aus unserem Ort!" - spontane Demonstration der Antifaschisten in Seligenstadt

Bestellen Sie Informationsmaterial der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML
○ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen"
○ Ich möchte den „Roten Morgen", das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren
○ Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD/ML eingeladen werden

Name: ....
Straße: ....
Plz/Ort: ....
Datum: .... Unterschrift: ....

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD/ML, Wellinghofer Straße 103, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30.**



Die „Rote Armee" in München, angetreten zur Verteidigung der Räterepublik gegen die konterrevolutionären Truppen. Vorn (mit hellem Umhang) der Oberkommandierende Rudolf Egelhofer.

60 Jahre Bayrische Räterepublik

Am 13. April 1919 entstand in Bayern die zweite, die sozialistische Räterepublik. Zum ersten Mal in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung kam es zur Bildung einer Arbeiterregierung, die sozialistische Maßnahmen ergriff; zum ersten Mal entstand und entwickelte sich im Kampf gegen die Bourgeoisie und die Konterrevolution in Deutschland eine Rote Armee. Im Kampf um das rote München erlebte die revolutionäre Bewegung im Gefolge der Novemberrevolution ihren Höhepunkt.

Vorgeschichte

Um die Ereignisse des April und Mai 1919 zu verstehen, muß man zunächst einen Blick auf die Entwicklung in Bayern seit dem 8. November 1918 werfen. An diesem Tag siegte in München die Revolution. Der bayrische König dankte ab; Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte wurden installiert; die Staatsgeschäfte übernahm eine provisorische Regierung mit Kurt Eisner als Ministerpräsident. Eisner, Mitglied der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands — USPD — genoß wegen seiner pazifistischen, gegen den Weltkrieg gerichteten Haltung Ansehen und Vertrauen bei den Massen. Unter seiner Regierung wurden die Positionen der Bourgeoisie jedoch nicht angetastet; durch sein Zusammengehen mit den durch ihre pro-Kriegs-Politik abgewirtschafteten Rechtssozialisten — vier seiner Minister gehörten der SPD an — verschaffte er diesen neuen Vertrauenskredit.

Am 21. Februar 1919 fiel Eisner dem Revolverattentat eines fanatisierten Faschisten zum Opfer. Sein Tod bewirkte, was durch seine Regierungstätigkeit verhindert worden war: Die Massen kamen in Bewegung; die Bewegung radikalisierte sich, die revolutionären Energien der Massen wurden mobilisiert. In München, Nürnberg und an anderen Orten traten die Arbeiter in den Generalstreik, verlangten die Bewaffnung. Am 17. März wurde zwar eine neue bürgerliche Regierung — die Regierung Hoffmann (SPD) — gebildet; aber sie blieb zunächst ohne Einfluß und wirkliche Macht. Zwischen dem Proletariat und den übrigen revolutionären Kräften auf der einen und der Bourgeoisie und der Konterrevolution auf der anderen Seite war eine Pattsituation entstanden. Die Frage der Macht war nicht entschieden; entscheidende Auseinandersetzungen bereiteten sich vor.

Neben der USPD des ermordeten Eisner — in Bayern hauptsächlich eine Partei kleinbürgerlicher Handwerker und Angestellter — gab es auf dem „linken Spektrum" noch die Kommunisten und die Anarchisten. Die Anarchisten, oft redlich bemühte Intellektuelle wie Erich Mühsam oder Gustav Landauer, fußten in dem stark kleinbürgerlich geprägten Milieu Münchens; unerfahren in der politischen Praxis, stifteten sie hauptsächlich Verwirrung, verursachten eine Desorganisation der revolutionären Kräfte. — Die Kommunisten, zunächst wenig ins Gewicht fallend, gewannen besonders unter der infolge der Rüstungsproduktion im Weltkrieg gewachsenen Industriearbeiterschaft rasch an Einfluß. Eugen Leviné, den die Berliner Zentrale der KPD (Spartakusbund) nach München entsandt hatte, schuf „praktisch aus dem Nichts heraus eine zwar zahlenmäßig kleine, aber glänzend funktionierende Parteiorganisation" (Engelmann).

Die Schein-Räterepublik

Anfang April verhandelten rechte SPD-Führer von der Regierung Hoffmann, USPD-Leute und die Anarchisten über die Bildung einer Räteregierung. Diese wurde am 7. April 1919 ausgerufen. Die KPD lehnte eine Beteiligung an dieser „Schein-Räterepublik" — wie sie sie nannte — ab. „Wir Kommunisten" — erklärte Leviné — „hegen das größte Mißtrauen gegen eine Räterepublik, deren Träger die sozialdemokratischen Minister Schneppenhorst und Dürr sind, die die ganze Zeit den Rätegedanken mit allen Mitteln bekämpfen. Wir können es uns nur als einen Versuch bankrotter Führer, durch eine scheinbar revolutionäre Aktion den Anschluß an die Massen zu gewinnen, oder als eine bewußte Provokation erklären. Wir wissen aus Beispielen in Norddeutschland, daß die Mehrheitssozialisten häufig bestrebt waren, verfrühte Aktionen ins Leben zu rufen, um sie desto erfolgreicher abwürgen zu können. (. . .) Eine Räterepublik wird nicht vom grünen Tisch proklamiert, sie ist das Ergebnis von ernsten Kämpfen des Proletariats und seines Sieges."

Die selbsternannte Räteregierung ließ den alten bürokratischen Apparat weitgehend intakt. Die Entwaffnung der Bourgeoisie wurde nicht betrieben; die Bewaffnung der Arbeiter verschleppt. Die Ernsthaftigkeit dieser Räteregierung konnte man schon an ihren Sozialisierungsmaßnahmen erkennen. Zuerst sozialisierte sie die Universität, sodann bestellte sie einen „Sozialisierungsexperten", der in der Folgezeit an der Aufgabe herumknobelte, wie sozialisiert werden könnte, ohne die Kapitalisten zu enteignen.

Indes formierte sich die Konterrevolution. Die Regierung Hoffmann, die eben noch die Schein-Räterepublik mit aus der Taufe gehoben hatte, „floh" nach der Proklamation derselben nach Bamberg. Von dort aus organisierte sie den Gegenangriff. SPD-Reichsminister Noske, dessen Soldateska bereits durch das ganze revolutionäre Deutschland ihre Blutspur gezogen hatte, stellte „erprobte Truppen" mitsamt ihren monarchistischen, faschistischen Kommandeuren auf. Anfang April war ganz Nordbayern in der Hand der Hoffmann-Regierung. In München selbst putschte am 13. April die gegenrevolutionäre „Republikanische Schutzwehr" und verhaftete einen Teil der Schein-Räteregierung.



Eugen Leviné



Rudolf Egelhofer

Die zweite Räterepublik

Gegen den Putsch erhob sich das Münchner Proletariat. Vor allem Vertrauensleute der KPD und andere Revolutionäre schlugen die „Schutzwehr" in bewaffneten Kämpfen nieder. Ein 15köpfiger Ausschuß übernahm die Macht; beteiligt waren SPD, USPD, KPD; den Vorsitz führte der Kommunist Eugen Leviné. Schon zur Zeit der Schein-Räterepublik hatte die KPD Maßnahmen gegen die Reaktion ergriffen, hatte zur „Verteidigung des Proletariats" aufgerufen. Nun führte sie angesichts der herannahenden Konterrevolution die zweite, die sozialistische Räterepublik an. Ihr Handeln wurde bestimmt von der Überzeugung, daß die Kommunisten nicht abseits stehen können und dürfen, wenn die Massen, von ihren Todfeinden bedroht, kämpfen.

Die Räteregierung rief zunächst einen zehntägigen Generalstreik aus zu dem Zweck, die Bewaffnung des Proletariats voranzutreiben. Hervorgegangen aus der bewaffneten Aktion der revolutionären Massen, schuf die Räteregierung nun eine Rote Armee, um die Errungenschaften der Revolution zu sichern. Die entstehende Rote Armee trug auf allen Ebenen proletarischen Klassencharakter. Ihr Oberkommandierender — und gleichzeitig Stadtkommandant von München — war der Matrose Rudolf Egelhofer. Insgesamt stellte die Räteregierung 30.000 bis 40.000 Mann unter Waffen.

Gestützt auf die proletarische Militärmacht ließ die Räteregierung die Bourgeoisie rücksichtslos entwaffnen. Die Banken wurden gesperrt, zur Sicherung der Ernährung Beschlagnahmeaktionen durchgeführt. Die Verwaltung der Stadt ging in die Hand der Räte aus den Betrieben über. Die Sozialisierung wurde nicht nur dekretiert, sondern in Angriff genommen. Am 15. und 16. April schlug die Rote Armee eine 800 Mann starke konterrevolutionäre Streitmacht bei Dachau vernichtend; sie dehnte den Einfluß der Räteregierung über Oberbayern bis Rosenheim aus.

In einem Aufruf vom 15. April stellte der „Vollzugsrat" der Räteregierung den Vergleich zur verflossenen Schein-Räterepublik an: „Welch ein Unterschied zwischen heute und dem Zustand vor acht Tagen! Damals ein Nationalfeiertag, ein behagliches Sichergötzen an einem angeblichen Siege. Heute der Generalstreik in allen Betrieben Münchens, der ausgenutzt wird zur nächsten und wichtigsten Aufgabe, zur Bewaffnung der Arbeiterklasse. Damals Dekrete und Versprechungen einzelner Männer, die sich vermaßen, das Staatsschiff zu lenken. Heute die eigene, bewußte Tat der Arbeiterklasse selbst. Damals eine Regierung, die in der Luft hing, die nichts hinter sich hatte als ein Stück Papier und ein paar Unterschriften und die Schutztruppe über sich. Heute an der Spitze der Arbeiterklasse ein Ausschuß selbstgewählter Vertrauensleute, der sich stützt auf die Macht der Arbeiterklasse in Bluse und Waffenrock, die eben im Kampfe den gefährlichsten Feind, der ihr in diesem Augenblick drohte, vernichtet hat." — An der Entschlossenheit, mit der die zweite Räterepublik zu Werke ging, zeigt sich klar der Einfluß der Kommunisten, zeigt sich, welche Bedeutung die Führung durch eine zielklare proletarische Partei für den erfolgreichen Verlauf einer revolutionären Erhebung hat. Lenin sandte der bayrischen Räteregierung ein Telegramm, in dem er die Revolutionäre ermunterte und durch seine Ratschläge Fehler und Möglichkeiten der Räterepublik deutlich machte. Das Telegramm jedoch erreichte die zweite Räteregierung nicht mehr.

Der weiße Terror

Die zweite Münchner Räterepublik hielt dem Ansturm der Noske-Soldateska nicht stand. Unter dem militärischen Druck wankten vor allem die Führer aus der USPD, boten den konterrevolutionären Truppen Separatverhandlungen an oder zogen — soweit sie auch militärisches Kommando hatten — ihre Truppenteile zurück. Am 1. Mai 1919 drangen die Noske-Truppen in München ein; am 3. Mai hatten sie auch den letzten Widerstand gebrochen. München wurde mit schrankenlosem, alles bisherige in den Schatten stellenden weißem Terror überzogen. Egelhofer, Landauer und andere Führer wurden bestialisch zu Tode gebracht; ihre Leichen gefleddert. Die Ordnungsbestie machte auch vor Frauen nicht Halt. Vielfach wurde nur gemordet, um die Leichen berauben zu können. Insgesamt 1 200 Menschen, zumeist Arbeiter, fielen der „Jagd auf die Roten" zum Opfer. Am 5. Juni wurde der Führer der sozialistischen Räterepublik, Eugen Leviné, von einem Erschießungskommando hingerichtet. Er starb mit dem Ruf „Es lebe die Weltrevolution", der auch die Losung der sozialistischen Räterepublik Bayerns gewesen war.

> Der historische Sinn der Münchner Kämpfe „ist unzweideutig die Zertrümmerung des kapitalistischen Staates, die Errichtung der proletarischen Diktatur und ihrer neuen Ordnung. (. . .) Einem weithin sichtbaren Leuchtfeuer gleich leuchtet die Zeit der Münchner Räterepublik dem kämpfenden Proletariat Deutschlands voran" (Clara Zetkin).

Hitler, Göring, Heß und die bayrische Räterepublik

In den Strömen Bluts, das die Konterrevolution bei der Niederschlagung der bayrischen Räterepublik vergoß, empfingen viele der Nazi-Faschisten, der späteren Verderber und Schlächter Deutschlands und der europäischen Völker, gleichsam ihre erste Taufe. Faschistische Spitzel, Provokateure und bestialisierte Massenmörder tobten sich hier aus.

Unter den Spitzeln, die „Spartakistennester" ausstöberten, um sich Prämien zu verdienen, befand sich auch der ehemalige Gefreite Adolf Hitler. Er arbeitete im Auftrag der Reichswehr Noskes. Seine Gönner waren die späteren NS-Größen Ernst Röhm und Hermann Göring, die als Hauptleute an der Niederschlagung der Räterepublik beteiligt waren. In München stieß Hitler 1919 auch auf die NSDAP-Vorläuferin „Deutsche Arbeiterpartei" (DAP), deren Propagandachef er zunächst wurde. Die DAP war eine Schöpfung der sogenannten Thule-Gesellschaft, einer arisch-rassistischen, einflußreichen und mit Geldmitteln reich ausgestatteten Organisation, die der Gegenrevolution in München den Weg bereiten half. Zu ihren Mitgliedern zählte Rudolf Heß. Aus ihren Reihen stammte der Mörder Kurt Eisners.

Zur Zeit der zweiten Räteregierung führten die Thule-Faschisten mittels gefälschter Urkunden „Beschlagnahmungen" durch — um die Räteregierung in Mißkredit zu bringen, um sich Waffen für einen geplanten Putsch zu beschaffen und zur Bereicherung ihrer Mitglieder. Die Räteregierung schritt gegen sie ein und setzte mehrere ihrer Mitglieder — darunter einige Grafen — fest. Angesichts der Noske-Greuel wurden acht der Banditen von empörten Soldaten erschossen. Dieser „Geiselmord" diente der Soldateska anschließend als propagandistische Rechtfertigung ihres weißen Terrors. — Auch der von Hitler später eingesetzte Ministerpräsident von Sachsen — Killinger — verdiente sich bei den Münchner Metzeleien als Leutnant erste Sporen. Killinger schrieb sogar ein Buch — „Ernstes und Heiteres aus dem Putschleben" —, in dem er behaglich abstoßende Einzelheiten berichtet.

Besonders auf die Niederschlagung der Münchner Räterepublik trifft die Einschätzung des Schriftstellers Bernt Engelmann zu:

„Dieser blutige, Tausende von Todesopfern fordernde deutsche Bürgerkrieg des Jahres 1919 wurde später und wird noch heute gern totgeschwiegen, stellte er doch einerseits — unter maßgeblicher Beteiligung und Verantwortung der rechten SPD-Führung — die Weichen für jene Entwicklung, die zum Untergang der Republik, zur Nazi-Diktatur und zum zweiten Weltkrieg geführt hat, was für die beteiligten Nicht-Nazis wahrlich kein Ruhmesblatt ist. Andererseits wollten auch die Führer und Nutznießer des ‚Dritten Reiches' nicht wahrhaben — und ihre Epigonen leugnen es noch heute —, daß sie die Anfänge ihrer ‚Bewegung', ihre Waffen, Uniformen, geheimen Zusammenschlüsse und ihr erstes Blutlecken dem von ihnen verfluchten ‚System' und speziell jenem als ‚Novemberverbrecher' und ‚Volksverräter' geschmähten ‚Bonzenpack' an der Spitze der SPD verdankten; daß sie unter dem Befehl Gustav Noskes und dem Patronat der diversen Regierungen der schwarz-rot-goldenen Weimarer Koalition angeworben und auf die deutsche Arbeiterschaft losgelassen wurden."

Schmidt in Brasilien

Atomvertrag zwischen Bonn und den faschistischen Generalen bestätigt

Im vergangenen Monat fand an der Spitze der faschistischen Militärjunta Brasiliens ein Personenwechsel statt. An die Stelle des Generals Geisel trat der General Figueiredo, der frühere Chef des Geheimdienstes. Sein Regierungsantritt war begleitet — der RM berichtete darüber — von mächtigen Streikkämpfen der Werktätigen, vor allem der Metallarbeiter aus der Industrieregion Sao Paulo.

Die Reaktion des Regimes: Massenverhaftungen unter den Arbeitern, Ersetzung der Gewerkschaftsfunktionäre durch Staatsbeamte. Das geschah in direkter Zusammenarbeit der faschistischen Generale mit den Bossen der in Brasilien produzierenden ausländischen Multis wie VW, Daimler oder General Motors, die dafür sorgten, daß Streik-Aktivisten aus den Betrieben geworfen und auf schwarze Listen gesetzt wurden. Es gelang den Arbeitern jedoch, trotz des Terrors von Bossen und Faschisten, einen Teil ihrer Forderungen — zum Beispiel Lohnerhöhungen von 44 bis 63 Prozent — durchzusetzen.

In der vergangenen Woche konnte der General Figueiredo den ersten ausländischen Staatschef in seiner Amtszeit empfangen. Es war der Bonner Kanzler Schmidt. Und der sparte nicht mit Lob für den neuen Junta-Chef. Angesichts der brutalen Abwürgung des Streiks erkannte Schmidt, Figueiredo habe „die Demokratisierung zu seiner Hauptaufgabe gemacht". Und überhaupt erfüllte den Bonner Kanzler die Entwicklung des faschistischen Brasiliens mit „großem Interesse und Sympathie".

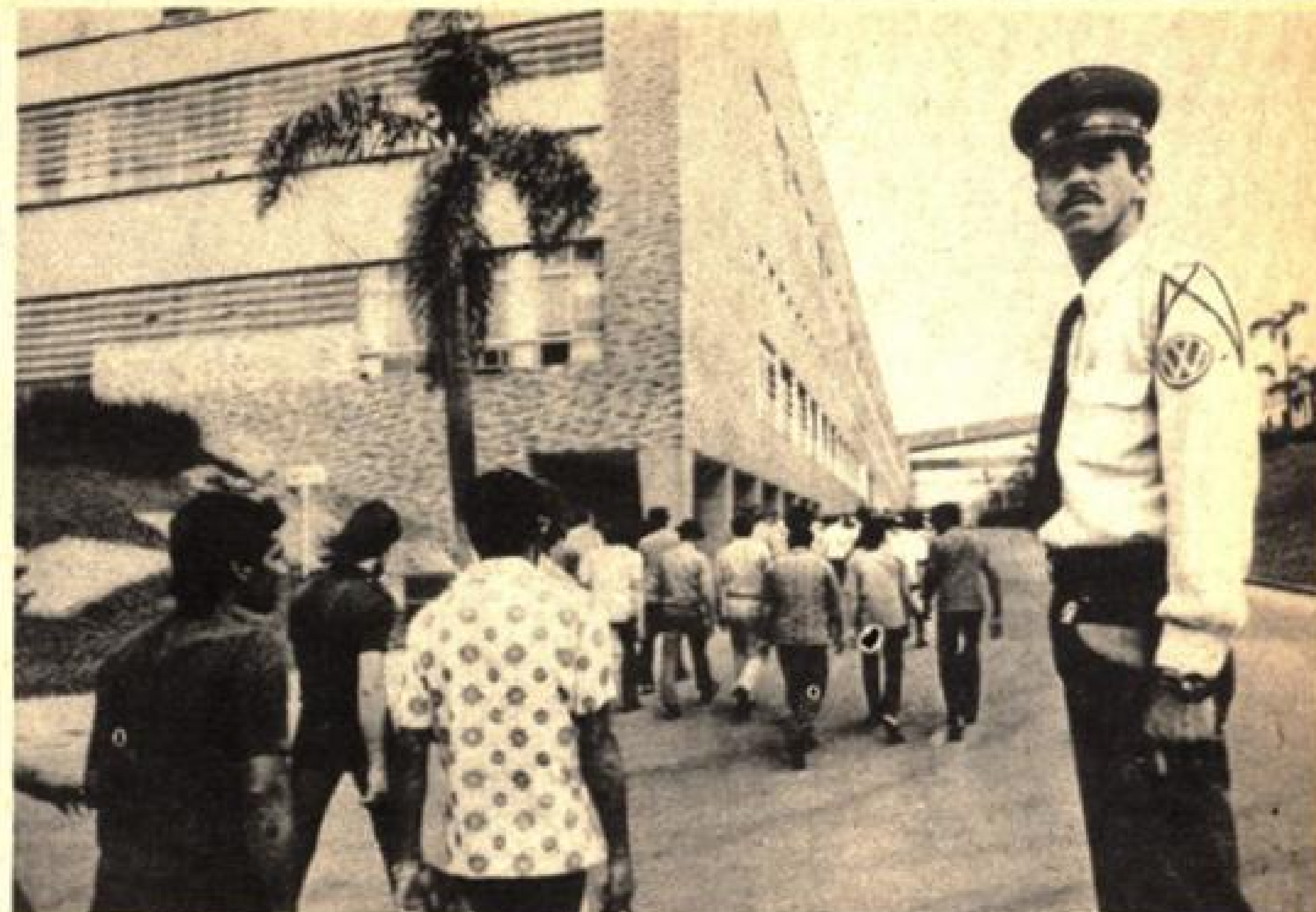
Seit dem faschistischen Militärputsch von 1964 herrscht im größten Land Lateinamerikas eine der grausamsten Diktaturen unserer Zeit. Der Putsch hat die Werktätigen all ihrer Rechte — vom Streikrecht bis zur Versammlungsfreiheit — beraubt. Unzählige Menschen wurden in die Konzentrationslager verschleppt, von Figueiredos Geheimdienst oder den berüchtigten Todesschwadronen ermordet. Unter ihnen auch zahlreiche Genossen unserer Bruderpartei, der illegalen KP Brasiliens. Der Bonner Kanzler jedoch erklärt dem Schlächter Figueiredo und dem Mordregime seine Sympathie.

Einmal mehr wird deutlich, was die Phrasen des Bonner Staates über Freiheit oder Menschenrechte wirklich wert sind. Was für diesen Staat und seine Vertreter zählt, das sind einzig die Interessen der Monopole. Und die sind im faschistischen Brasilien wahrhaftig gut aufgehoben. Was die Diktatoren aus Brasilien ihren Kollegen aus Bonn so sehr sympathisch macht, ist die Tatsache, daß sie den vollständigen Ausverkauf des Landes an das ausländische Monopolkapital betreiben. Unter ihrer Herrschaft ist die nationale Wirtschaft Brasiliens vollständig zugrundegerichtet worden, während ausländische Investoren mit allen nur möglichen Mitteln gefördert wurden. Ein Ergebnis dieser Politik ist die Tatsache, daß heute etwa die Auto- und die Pharmaindustrie zu 100 Prozent, die Elektroindustrie zu 97 und die chemische Industrie zu 81 Prozent von ausländischen Konzernen beherrscht werden. Und unter diesen Konzernen nehmen die westdeutschen Multis nach den amerikanischen den zweiten Platz ein.

Der Atomvertrag

Ein Beispiel für den Ausverkauf Brasiliens an die Imperialisten ist auch der berüchtigte deutsch-brasilianische Atomvertrag, der im Mittelpunkt der Beratungen Schmidts mit den faschistischen Generalen stand. Worum geht es dabei? 1975 wurde zwischen beiden Ländern vereinbart, daß die Siemens-Tochtergesellschaft KWU bis 1990 acht Atomkraftwerke vom Typ Biblis sowie Anlagen zur Urananreicherung und zur Wiederaufbereitung liefert. Brasilien verpflichtet sich in dem Abkommen zur Versorgung der westdeutschen AKWs mit Natururan.

Der Vertrag ist von Bonn und den brasilianischen Faschisten von Anfang an als ein Musterbeispiel für die angeblich gleichberechtigten Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, als ein Meilenstein für eine unabhängige Entwicklung Brasiliens gefeiert worden. Entsprechend haben auch die pro-Peking-Revisionisten, die bei uns die Gruppe Rote Fahne, diesen Vertrag stets in den höchsten Tönen gelobt. Aber was bedeutet dieses Abkommen wirklich? Zunächst einmal ist es ein gigantisches Geschäft für den Siemenskonzern und andere daran beteiligte Unternehmen; es ist das größte Exportgeschäft überhaupt in der Geschichte der Bundesrepublik. Sein Umfang wird auf 16 bis 18 Milliarden Mark geschätzt.



Arbeiter des VW-Konzerns in Brasilien. VW beherrscht über die Hälfte des brasilianischen Automarkts und sogar 70 Prozent des Exports. Im Januar hat VW-Chef Schmücker, der jetzt auch Schmidt begleitete, eine Dreiviertelbeteiligung an Chrysler do Brasil übernommen, die Grundlage für eine LKW-Produktion im großen Stil. Die VW-Bosse haben ihre Superprofite aber auch außerhalb der Autoindustrie angelegt. So ist der Konzern unter anderem auch einer der größten Grundbesitzer Brasiliens. Auf einem Areal von 140.000 Hektar im Amazonas-Gebiet wird mit modernsten Methoden die Rindfleischproduktion für den Export aufgezogen. Eine der Folgen dieses Projekts ist die Verschärfung des massenhaften Ruins kleinbäuerlicher Existenzen in diesem Gebiet.
Während Schmidts Besuch in Brasilien klagten Metallgewerkschafter den mitbestimmten VW-Konzern (stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender IGM-Chef Loderer) erneut scharf an. Auch beim Streik im vergangenen Monat wären die VW-Bosse mit noch größerer Brutalität gegen die Arbeiter vorgegangen als die Vertreter der amerikanischen Multis.

Das ist die eine Seite. Die andere, für unsere Völker höchst bedrohliche Seite bei diesem Vertrag ist die Tatsache, daß er sowohl den westdeutschen Imperialisten wie auch der brasilianischen Junta den Zugang zu Atomwaffen erleichtert. Denn zum einen hat sich Bonn die Belieferung mit dem strategischen Rohstoff Uran gesichert. Zum anderen werden die von Siemens in Brasilien gebauten Atomfabriken auch Plutonium produzieren, das unmittelbar für atomare Waffen verwendet werden kann. In erster Linie dient der Atomvertrag den westdeutschen Imperialisten, in militärischer wie auch in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht. Er wird es ihnen ermöglichen, ihre Positionen in Brasilien weiter auszubauen und maßgeblichen Einfluß auf die Energiewirtschaft des Landes zu erlangen. Alles Gerede von einer angeblichen Stärkung der Unabhängigkeit des Landes durch den Vertrag entlarvt sich bei genauerem Hinsehen schnell als Lug und Trug.

Das größte Exportgeschäft

Da ist zunächst einmal die erwähnte gewaltige Summe von 16 bis 18 Milliarden Mark. Und das ist nur der vorläufige Preis für die bestellten Kraftwerke und Anlagen. Die Siemens-Bosse haben sich nämlich in den Atomvertrag hineinschreiben lassen, daß die brasilianische Regierung jede vom Konzern im Laufe der Jahre vorgenommene Preiserhöhung hinnehmen muß. Und daß sich die Bosse auf die skrupellose Preistreiberei verstehen, haben sie jetzt schon bewiesen. Eine brasilianische Zeitung enthüllte kürzlich, daß die KWU schon von vornherein das erste jetzt im Bau befindliche AKW mit sage und schreibe 587 Millionen Mark mehr berechnete als das gleiche Kraftwerk im hessischen Biblis.

Wenn man bedenkt, daß Brasilien heute schon mit 43 Milliarden Mark bei den ausländischen Imperialisten verschuldet ist, daß gegenwärtig zwei Drittel der Exporterlöse des Landes für Tilgungen und Zinsen der Auslandskredite draufgehen, dann kann man sich ausrechnen, daß durch das Atomgeschäft die Verschuldung, die Abhängigkeit von imperialistischen Kreditgebern — vor allem den westdeutschen — ins Unermeßliche steigen wird. Eine unmittelbare Folge des Vertrags ist jetzt schon die weitgehende Liquidierung einer eigenen Energieproduktion Brasiliens. Das Land verfügt über ein „enormes Wasserkraftpotential", wie selbst die Regimepresse zugab. Mit dem Abschluß des Atomvertrags sind jedoch mehrere Projekte zum Bau von Wasserkraftwerken eingestellt worden.

Noch ein weiterer Faktor muß beim Atomprogramm berücksichtigt werden. Die KWU wird Brasilien die gegenwärtig fortgeschrittenste Atomenergietechnologie liefern. Die im Vertrag vorgesehenen Ausbildungszeiten für brasilianische Techniker in Westdeutschland sind jedoch bewußt so kurz gehalten, daß sie nicht ausreichen, um eine wirkliche Beherrschung dieser Technologie zu vermitteln. Das bedeutet: Auch nach der Fertigstellung der acht Atomkraftwerke und der übrigen Anlagen werden es in Wahrheit die westdeutschen Konzerne sein, die das ganze Atomprogramm unter Kontrolle halten werden, vom Uranabbau bis hin zur Produktion von Elektrizität.

Unter all diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, daß der Atomvertrag auf den erbitterten Widerstand der brasilianischen Werktätigen stößt. Schon bei Vertragsabschluß schrieb „A classe operaria", das Zentralorgan der KP Brasiliens: „Kein wirklicher Patriot kann mit den Bedingungen des Vertrags übereinstimmen und seine schlimmen Folgen akzeptieren. (...) Der Vertrag ist eine Rückkehr in größere Abhängigkeit und nicht ein Schritt zur nationalen Souveränität." Inzwischen ist der Widerstand immer breiter geworden und hat sogar national-bürgerliche Kreise erfaßt. So protestierte etwa kürzlich der ehemalige Direktor der Elektrizitätsfirma Furnas gegen das Programm mit dem Hinweis, daß die Strompreise in Brasilien um 300 Prozent erhöht werden müßten, wenn die KWU-Reaktoren in Betrieb sind.

Der Bonner Kanzler Schmidt ließ es sich nicht nehmen, bei seinem Besuch öffentlich gegen die Kritiker des Atomvertrags zu hetzen. Der Exgeheimdienstchef Figueiredo konnte ihn jedoch beruhigen. Er sagte Schmidt zu, daß trotz aller massiven Proteste der Vertrag ohne Abstriche eingehalten würde. Aber dennoch ist in dieser Sache das letzte Wort noch nicht gesprochen. Die großen Streikkämpfe des vergangenen Monats haben die Stellung der faschistischen Junta weiter erschüttert. Zudem ist Brasilien gegenwärtig Schauplatz einer breiten Protestbewegung gegen die enorme Preistreiberei (Inflationsrate: 43 Prozent), von Bauernkämpfen, die sich immer häufiger in Landbesetzungen äußern und von Aktionen der Studenten. Ob Schmidts Vertragspartner, die faschistischen Generale, ihr Blutregime bis ins Jahr 1990 aufrechterhalten können, ist mehr als fraglich. Schließlich ist auch im Iran ein geschätzter Partner der westdeutschen Imperialisten schneller verschwunden, als es diesen internationalen Blutsaugern lieb war.



Die Baustelle am Strand von Angra dos Reis. Hier entsteht gegenwärtig das erste von acht Atomkraftwerken der KWU vom Typ Biblis. Nach Ansicht von Experten ist der Bauplatz völlig ungeeignet. So wurden etwa starke Erdverschiebungen festgestellt. Außerdem wird regelrecht auf Sand gebaut. Das bewirkte zum Beispiel, daß ein schon fertiggestellter Reaktor des US-Konzerns Westinghouse sich wie ein Korkenzieher drehte und im Sand absank. Die KWU baut trotzdem weiter.
Über die Arbeiter, die auf dem umzäunten und vom Militär bewachten Bauplatz schuften müssen, sagte der Arzt Dr. Wellington, sie würden wie „menschliches Vieh gehalten". In den Baracken müssen je zehn Männer auf zwölf Quadratmetern hausen. Auf 500 Arbeiter kommt ein Klosett. Durch überlaufende Kloaken ist das Trinkwasser verseucht. Sumpfmücken und Stechfliegen verbreiten Malaria und Meningitis. Für die Siemens-Tochtergesellschaft KWU bauen in Angra: der Odebrecht-Konzern und die Essener Hochtief-AG.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE		
	1. Programm		
13.00-13.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
14.30-15.00	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
16.00-16.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
18.00-18.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
19.00-19.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
19.00-19.30	1394 kHz	215 m	MW
	2. Programm		
21.30-22.00	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	215 m	MW
23.00-23.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	206 m	MW
06.00-06.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW



Botschaft der KP Kolumbiens/ML

„Vereint kämpfend werden wir siegen"

An das ZK der KPD/ML

Liebe Genossen,

nehmt unsere brüderlichen Kampfesgrüße entgegen. Gerade eben hat das 7. Plenum des ZK der KPK/ML stattgefunden, dessen Arbeiten in einer herzlichen Atmosphäre der marxistisch-leninistischen Einheit abliefen, die die Annahme von wichtigen Beschlüssen für die Arbeit der Partei auf nationaler und internationaler Ebene begünstigte.

Das 7. Plenum beschloß einstimmig, der KPD/ML, mit der uns tiefe ideologische und politische Bande vereinen, brüderliche Grüße zu schicken. Wir sind daran interessiert, diese Bande zu vertiefen, denn wir halten es für notwendig, für die Einheit der internationalen marxistisch-leninistischen Bewegung zu arbeiten. Wir sind Internationalisten und lassen uns vom proletarischen Internationalismus leiten. Zusammen mit diesem Gruß möchten wir Euch unsere Glückwünsche zu den Erfolgen, die Ihr in Eurer Arbeit erreicht habt, aussprechen und Euch noch größere Siege wünschen.

Angesichts der Probleme, die die marxistisch-leninistische Bewegung berühren, hat unsere Partei immer eine feste, klare Haltung zur Verteidigung der marxistisch-leninistischen Prinzipien eingenommen. Wir verteidigen unnachgiebig den Marxismus-Leninismus, der unsere Ideologie ist, und wir kämpfen unermüdlich gegen den Revisionismus und den Opportunismus aller Schattierungen, zur gleichen Zeit, wo wir in unserem Land den Feinden des Proletariats und des kolumbianischen Volkes gegenüberstehen. Außerdem erfüllen wir gegenwärtig die Aufgabe, die tiefen ideologischen Wurzeln des chinesischen Revisionismus, der eine Bedrohung für das Proletariat, die Völker und die Revolution darstellt, zu entlarven und zu bekämpfen.

Das 7. Plenum des Zentralkomitees erklärt:

„Der chinesische Revisionismus ist emporgekommen, mit der Absicht, die Flammen des revolutionären Kampfes der Völker zu erstikken. Wir sind vollständig davon überzeugt, daß auch die bedingungslose Unterstützung der chinesischen Revisionisten nicht den endgültigen Niedergang des Imperialismus, des Revisionismus und der Reaktion verhindern wird. Das Geschrei, das sie gegenwärtig über die chinesisch-amerikanische Freundschaft erheben und das die offiziellen Beziehungen öffentlich macht, kann den Kampf der Arbeitermassen, der sich in den verschiedenen Teilen der Welt entwickelt, nicht zum Schweigen bringen.

Die KPK/ML erklärt, daß der Kampf gegen den modernen Revisionismus, einschließlich des chinesischen Revisionismus, verschärft und vertieft werden muß, weil dieser Kampf den Interessen des Proletariats und der Revolution dient. Wir Marxisten-Leninisten haben keinerlei Interesse daran, diesen notwendigen und unumgänglichen Kampf gegen den Revisionismus, den wir als Teil des Kampfes für unsere nationale und soziale Befreiung verstehen, aufzuschieben oder aufzugeben. Wir wissen, daß dieser Kampf die prinzipienfeste Einheit der marxistisch-leninistischen Parteien, die eine grundlegende Bedingung für das Vorantreiben der Revolution in der gegenwärtigen historischen Epoche ist, weiter festigen wird. Auch der Verrat der chinesischen Revisionisten kann das Licht des Marxismus-Leninismus, das dem Proletariat und den Völkern den Weg weist, nicht verdunkeln."

Genossen, wir möchten Euch darüber informieren, daß sich die KPK/ML qualitativ und quantitativ entwickelt und ihre Bindungen zu den Massen, besonders zur Arbeiterklasse vertieft hat. Sie beteiligt sich aktiv an den verschiedenen Formen des Massenkampfes, sie führt ohne Schwanken weiter den bewaffneten revolutionären Kampf, der klare Perspektiven des Sieges für die kolumbianische Revolution eröffnet. Diese günstige Situation spornt uns bei unserer Arbeit an, und wir sind sicher, daß wir weitere Siege erringen werden. Unsere Partei erfüllt ohne Fehler ihre Verpflichtungen gegenüber dem kolumbianischen Volk, dem internationalen Proletariat und den Bruderparteien, den wahrhaft marxistisch-leninistischen Parteien.

Wir sind davon überzeugt, daß die Treue zu den marxistisch-leninistischen Prinzipien und der konsequente Kampf zur Erreichung unserer politischen Ziele uns im gemeinsamen Kampf vereint und uns in dem gleichen Schützengraben finden wird.

Wir wiederholen unsere Kampfesgrüße für unsere Bruderpartei, die KPD/ML.

Vereint kämpfend werden wir siegen!

ZK der KPK/ML.

Für den Aufbau der Patriotischen Befreiungsfront

Wie die meisten lateinamerikanischen Länder steht auch Kolumbien unter der Herrschaft des US-Imperialismus. Das reaktionäre Regime betreibt den hemmungslosen Ausverkauf der Reichtümer des Landes an die amerikanische Supermacht. Die Lage der kolumbianischen Werktätigen verschlechtert sich immer mehr. Hunger und größtes soziales Elend sind an der Tagesordnung, der Analphabetismus nimmt immer mehr zu.



Kämpfer der von der KPK/ML geführten Volksbefreiungsarmee

Es wachsen aber auch die Massenkämpfe der Werktätigen, die Streiks, Bauernkämpfe, Demonstrationen gegen die Teuerung, Aktionen der Studenten und auch der bewaffnete Kampf der Partisanen in den Bergen. Obwohl sich das Regime in Bogota ein demokratisches Mäntelchen gibt, und beispielsweise im vergangenen Jahr eine Wahlfarce für ein „demokratisches Parlament" durchführen ließ (die allerdings von 68 Prozent der Wahlberechtigten boykottiert wurde), geht es mit den gleichen Mitteln der Unterdrückung, mit Truppen und Maschinengewehren gegen die Volksbewegung vor wie die offen faschistischen Regime in Brasilien oder Chile.

Die Kommunistische Partei Kolumbiens/ML betrachtet es als eine ihrer Hauptaufgaben, eine breite Patriotische Befreiungsfront aufzubauen, die ihrem Wesen nach ein revolutionäres Bündnis aller Klassen und Schichten des Volkes unter der Hegemonie des Proletariats ist. In einer Stellungnahme der Partei heißt es dazu: „Die Politik der Patriotischen Befreiungsfront ist die Strategie für die gegenwärtige Etappe der demokratischen kolumbianischen Revolution, die Etappe, die mit der Errichtung der Volksrepublik Kolumbien abgeschlossen wird, die die Grundlage für die Errichtung der Diktatur des Proletariats für den Aufbau des Sozialismus und des Kommunismus bilden wird."

Große Erfolge beim Aufbau der Patriotischen Befreiungsfront hat die KPK/ML vor allem in den Partisanengebieten erringen können. Durch den Kampf der von der Partei geführten Volksbefreiungsarmee (EPL) an der Seite des Volkes ist es in einigen Regionen gelungen, die Macht des reaktionären Regimes und seiner amerikanischen Hintermänner entscheidend zu schwächen. In diesen Gebieten konnten patriotische Räte geschaffen werden, die wahre Keime der Volksmacht sind.

Genosse Gilberto — von den Revisionisten ermordet



Genosse Gilberto

„Revolucion", das Organ der Kommunistischen Partei Kolumbiens/ML veröffentlicht in ihrer letzten Ausgabe einen Nachruf auf den revolutionären Partisanen Gilberto. Dieser Genosse war der Sekretär einer marxistisch-leninistischen Organisation, die sich innerhalb der von den Pro-Moskau-Revisionisten beherrschten Guerillabewegung FARC gebildet hatte. Im Auftrag der Führer der revisionistischen KPK hat der Mörder Samudio Bustos den Genossen Gilberto hinterhältig und kaltblütig erschossen.

Wie „Revolucion" berichtet, ist Gilberto nicht der erste Genosse, der durch die Hand der revisionistischen Mörder fiel. Der kaltblütige Mord an Marxisten-Leninisten und anderen Revolutionären gehört schon lange zum politischen Arsenal der KPK, die an allen Fronten des Kampfes gegen die revolutionäre Bewegung auftritt. Der heimtückische Mord an dem Kommunisten Gilberto zeigt einmal mehr die konterrevolutionäre Fratze der Revisionisten und die dringende Notwendigkeit, diese geschworenen Feinde des Volkes entschlossen zu bekämpfen.

„Stalins Name und seine Taten sind unsterblich!"

Beschluß des ZK der Partei der Arbeit Albaniens

Am 24. März gab die albanische Nachrichtenagentur ATA einen Beschluß des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens bekannt, der anläßlich der einhundertsten Wiederkehr des Geburtstages von Josef Wissarionowitsch Stalin gefaßt wurde. Das ZK der PAA würdigt J. W. Stalin als *„großen marxistisch-leninistischen Revolutionär und Denker"*, als *„treuen Schüler, Mitarbeiter und Nachfolger von Lenins Werk"*, als *„hervorragenden Führer des Weltproletariats"* und *„engen und hochgeschätzten Freund des albanischen Volkes"*.

In dem Beschluß heißt es: *„J. W. Stalins Name und seine Taten sind unsterblich. Die Angriffe und Verleumdungen der bürgerlichen und revisionistischen Feinde können seine historischen Verdienste um die sowjetischen Völker, das internationale Proletariat und die Völker der Welt nicht verdunkeln.* ***J. W. Stalin gehört zu den großen Klassikern Marx, Engels und Lenin."***

Des weiteren geht das ZK der PAA auf Stalins Verdienste um die Große Sozialistische Oktoberrevolution ein und würdigt die Rolle, die er 30 Jahre lang an der Spitze der bolschewistischen Partei und des sowjetischen Staates gespielt hat. **Immer wieder wird Stalins konsequenter Kampf gegen Opportunisten und Revisionisten aller Schattierungen hervorgehoben.** J. W. Stalin war der *„große Stratege des Großen Vaterländischen Krieges"* und *„führte ihn zu einem Sieg von welthistorischer Bedeutung"*.

Weiter heißt es: *„Ihm* (Stalin) *gebührt das historische Verdienst der Entlarvung und Bloßstellung des Verrats der revisionistischen jugoslawischen Führung, die die erste Variante des modernen Revisionismus darstellte. Im Gegensatz zu den Absichten der sowjetischen, chinesischen und anderen Revisionisten, den jugoslawischen Revisionismus zu rehabilitieren, hat das Leben Stalins Einschätzung vollständig bestätigt, daß der Titoismus eine Agentur des Imperialismus zur Spaltung der kommunistischen Bewegung ist und bleiben wird, um die Revolution zu verhindern und den Befreiungskampf der Völker zu untergraben."*



Enver Hoxha und Stalin

Nachdem das ZK der PAA auf die wahrhaft internationalistische Haltung Stalins während des albanischen Befreiungskampfes und der ersten Jahre des sozialistischen Aufbaus eingegangen ist, bezeichnet es Stalins Werk als ein *„Banner des Kampfes und Sieges für das Weltproletariat und ein Banner des Schreckens für die Feinde der Revolution, des Sozialismus und der Diktatur des Proletariats."*

Abschließend heißt es: *„**Unsere Partei betrachtete und betrachtet die Verteidigung Stalins und seines Werkes als eine Angelegenheit von großer prinzipieller Bedeutung.** Stalin zu verteidigen, heißt den Marxismus-Leninismus, die Revolution, den Sozialismus und die Diktatur des Proletariats zu verteidigen, heißt, ein entschlossener Kämpfer gegen den Imperialismus, die internationale Bourgeoisie und den Revisionismus aller Schattierungen zu sein, heißt, die Sache der Freiheit und Unabhängigkeit der Völker zu verteidigen und das Banner des proletarischen Internationalismus hochzuhalten."*

Ferner beschloß das ZK der PAA, den einhundertsten Geburtstag überall im Land zu prächtigen Feierlichkeiten zu machen.

Das ZK beschloß eine umfassende Kampagne zu Stalins Leben und Aktivitäten zu entfalten, um die albanischen Kommunisten und das albanische Volk noch besser mit dem theoretischen und praktischen Erbe Stalins bekanntzumachen:

— *„Während dieses Jahres werden Vorlesungen, Diskussionen und andere Aktivitäten mit den werktätigen Massen in Stadt und Land organisiert, um Stalins Lehren, sein großes Vorbild im Kampf für die Sache der Revolution und des Sozialismus zu propagieren. Am Vorabend seines Geburtstages werden feierliche Konferenzen in Tirana und anderen Distrikten des Landes organisiert.*

— *Um sich besser mit dem theoretischen Erbe Stalins vertraut machen zu können, werden einige seiner wichtigsten Werke neu aufgelegt werden. Alben, Fotoausstellungen und anderes anschauliche Material werden bereitgestellt werden.*

— *Das Institut für marxistisch-leninistische Studien beim ZK der PAA und die Parteihochschule ‚W. I. Lenin' werden eine Jubiläumssitzung veranstalten, die dem Leben und Werk Stalins gewidmet ist.*

— *Die kulturellen und künstlerischen Aktivitäten sollen Stalins 100. Geburtstag widerspiegeln. Zu diesem Zweck sollten Filme und Fernsehspiele vorbereitet und gezeigt werden, sollten künstlerische Arbeiten geschaffen und ausgestellt werden etc.*

— *Die Parteikomitees, Massenorganisationen, die Einrichtungen für Erziehung, Kultur und Wissenschaft sollen spezielle Programme ausarbeiten und müssen Sorge tragen, daß sämtliche Aktivitäten, die der einhundertsten Wiederkehr von Stalins Geburtstag gewidmet sind, immer besser organisiert werden."*

Subventionen für DaimlerBenz

Das Millionending von Bremen

In Bremen hat der Senat unter Führung des SPD-Bürgermeisters Koschnick dem Daimler-Benz-Konzern kräftig unter die Arme gegriffen — mit mehreren hundert Millionen Mark.

Der Konzern betrieb bereits seit einigen Jahren in Bremen ein kleineres Werk zur Produktion von Lastkraftwagen. Zwecks Erweiterung des Werks forderten die Konzern-Herren vom Bremer Senat ein 350.000 Quadratmeter großes Nachbargrundstück zum Kauf. Die Forderung unterstrichen sie mit der Drohung, das Bremer Werk überhaupt stillzulegen und 6.500 Arbeitsplätze zu vernichten. Für einen Spottpreis überließ die Stadt dem Konzern das Grundstück; statt 35 bis 45 Millionen kassierte sie nur 5,75 Millionen Mark.

Der Verkaufsverlust war jedoch noch klein im Verhältnis zu den Beträgen, die die Stadt Bremen dem Grundgeschäft noch zubutterte und zubuttern wird.

- Allein der „Grunderwerb einschließlich Nachbesserungsklauseln" kostet die Stadt 50 Millionen Mark.
- Die Umsetzung von Kleingärten, die durch das Industrieprojekt vernichtet werden, schlägt mit 25,55 Millionen Mark zu Buch.
- Der Ersatzbauten für Anlagen — darunter einen Tennisplatz und eine Baumschule — die dem Daimler-Benz-Neubau zum Opfer fallen, werden weitere 20 Millionen Mark verschlingen.
- Den größten Posten schließlich macht die Ausbaggerung von neuen Fleeten — schiffbaren Kanälen innerhalb der Stadt —, der Bau neuer Kanalisation und von Pumpstationen sowie die Verlegung ganzer Straßen aus. Um zum Beispiel die von Daimler-Benz geforderte Verbindung von alten zum neu zu errichtenden Werk zu verwirklichen, muß ein Autobahnzubringer hochgelegt werden. Kosten dieses einen Projekts: 36 Millionen Mark.

Die Schätzungen über die Summen, die Daimler-Benz mit Hilfe des Bremer Senats aus dem Steuersäckel zu ziehen sich anschickt, lagen bis Mitte 1978 schon bei 325 Millionen Mark. Inzwischen zeichnen sich weitere Kosten ab. Der Konzern machte am 12. Februar 1979 neue Forderungen für die „Baureifmachung" des Grundstückes für den Ausgleich angeblicher Standortnachteile geltend. Und der Bremer Senat beeilt sich, auch diesen Forderungen nachzukommen.

- Für eine geplante Abtragung und Neuaufschüttung des sumpfigen Geländes, auf dem das Grundstück liegt, sind weitere 30 Millionen Mark gefordert.
- Für Energieanschlüsse werden 15 Millionen Mark verlangt.



Mercedeschef Zahn

- So gut wie zugesagt ist bereits ein Autobahnanschluß des Daimler-Benz-Werkes an die Hansalinie. Die Kosten für den Zubringer, der durch dichtbesiedeltes Wohngebiet und morastiges Marschland führen soll, werden 250 Millionen Mark betragen.

Wie aber wird dem Steuerzahler der Fischzug auf seine Taschen plausibel gemacht? — Bürgermeister Koschnick gab an, für die Riesensummen 14.000 Daimler-Benz-Arbeitsplätze einhandeln zu können. Das aber entspricht nicht der Realität. Denn während der Daimler-Benz-Konzern sein Bremer Werk ausbaut, verlegt er gleichzeitig die bisher in Bremen betriebene Produktion von Transportern nach Düsseldorf. Die Zahl der Arbeitsplätze wird — nach gegenwärtigen Erkenntnissen — nur um 1.500 auf 8.000 erhöht. Und für diese 1.500 Arbeitsplätze gibt es keine Garantie; niemand kann den Konzern zur Verantwortung ziehen, wenn er die Arbeitsplätze nicht schafft oder sie nach einiger Zeit wieder wegrationalisiert.

„Wer hat, dem wird gegeben!" — Das ist das gültige Verteilerprinzip des kapitalistischen Staates, auch wenn er sich „freiheitlich-demokratisch" nennt, auch wenn er sein System der Ausbeutung und der Geschäftemacherei als „sozial" anpreist.

Filbinger

Auf Steuerzahlerkosten nach Ägypten

Filbinger, Ex-SA-Mann, Exblutrichter, Exministerpräsident, Noch-CDU-Vorsitzender in Baden-Württemberg und Noch-Parlamentarier, gerät nicht aus den Schlagzeilen. Diesmal geht es um eine Reise nach Ägypten.

Die Reise wird den Steuerzahler mindestens 10.000 Mark kosten. Denn Filbinger reist nicht alleine; er reist mit Gattin. Und was macht er in Ägypten? — „Der Herr Ministerpräsident a. D. Filbinger nimmt insbesonderer Auslandskontakte, soweit diese im Interesse unserer mittelständischen Wirtschaft und im allgemeinen Landesinteresse geboten sind, im Auftrag des Landes wahr", erläuterte ein Staatssekretär aus dem Staatsministerium. — Welche Wirtschaft dabei allerdings Filbingers Gattin in Ägypten fördern soll, blieb ungewiß.

Filbingers kostspielige Wirtschaftsförderungsfahrten sind schon fast sprichwörtlich. In welchen Weltgegenden hat er — stets in Begleitung der Gattin — noch nicht die Belange des baden-württembergischen Mittelstandes wahrgenommen?

Die Einladung zur Ägyptenreise hatte Filbinger erhalten, als er noch baden-württembergischer Ministerpräsident war. Wegen seiner braun-blutigen Vergangenheit mußte er jedoch im letzten Sommer zurücktreten. Der ägyptischen Regierung, die sonst wahrlich nicht zimperlich in der Auswahl ihrer Staatsgäste ist, war ein Filbinger anscheinend nun noch zuviel. Sie suchte ihn wieder auszuladen — zunächst diplomatisch-dezent, dann direkter — doch dies Unterfangen erwies sich als unmöglich. So leicht läßt sich ein Filbinger nicht abwimmeln! Den Gratis-Trip mit Gattin ins Land der Pyramiden, der Palmen, der Nilschiffer und der Wüstensonne — nein, den ließ er sich nun nicht mehr nehmen!

Was hat dieser furchtbare Jurist dem deutschen Volke schon gekostet — an Blut und auch an Geld? Was wird er ihm noch kosten? Wann wird das ein Ende haben?



Am 16. Januar wurde der Matrose Walter Gröger im Beisein des Marinestabsrichters, der ihn zum Tode verurteilt hatte, hingerichtet. Das Verbrechen des Matrosen war, Hitlers Krieg satt gehabt zu haben. Der Marinestabsrichter hieß Filbinger und „bewährte" sich im Hitlerreich auf seine Art: als Verfasser von Hetzschriften im faschistischen Jargon, als Mitglied eines SA-Sturms, als „Jurist", als Beteiligter an weiteren Todesurteilen. Später, unter der schwarz-rot-goldenen Fahne, wurde er baden-württembergischer Ministerpräsident. Seine braune Vergangenheit kommentierte er mit den Worten: „Was damals rechtens war, kann heute nicht unrecht sein!"

Das obige Foto zeigt ihn — übrigens zuammen mit dem ehemaligen NSDAP-Mitglied und gegenwärtigen Bundespräsidenten Scheel — bei einer Kranzniederlegung an der Gedenkstätte Berlin-Plötzensee im Jahre 1974. Auf dem Mahnmal stehen die Worte: „Den Opfern der Hitlerdiktatur".



Samstag, 14. April, 20.15 Uhr, WDR III:
Happy End. Stück von Bertold Brecht und Kurt Weill.

***

Montag, 16. April, 14.05 Uhr, ZDF:
Goldrausch. Amerikanischer Spielfilm von 1925 von und mit Charlie Chaplin. Vor dem Hintergrund der Jagd nach dem Gold in Alaska verspottet Chaplin die Verrücktheit einer von der Gier nach Besitz beherrschten Gesellschaft. — Am 16. April 1979 wäre Chaplin 90 Jahre alt geworden.

***

Montag, 16. April, 22.35 Uhr, Hessen III:
Das Verbrechen des Monsieur Lange. Französischer Spielfilm aus dem Jahr 1936. Regie: Jean Renoir. Der Film entstand in den Jahren, in denen sich Renoir für die Ziele der Volksfront in Frankreich einsetzte.

***

Mittwoch, 18. April, 21.05 Uhr, DDR-Fernsehen II:
Verbotene Spiele. Französischer Spielfilm aus dem Jahr 1952. Regie: René Clément. Der Film prangert die Schrecken des Krieges an.

***

Donnerstag, 19. April, 20.15 Uhr, WDR III:
Der Korporal in der Schlinge. Französischer Spielfilm aus dem Jahr 1962. Regie: Jean Renoir. Renoir nannte den Film „die Geschichte der Solidarität unter Menschen im gemeinsamen Schmelztiegel der Verzweiflung."

***

Freitag, 20. April, 21.00 Uhr, Nord III:
Albanien — eine Weltanschauung. Untertitel: Das Land nach dem Bruch mit China. Ein Bericht von Renata Erich. — Die Freunde Albaniens dürften gespannt sein, welches Bild von dem sozialistischen Land an der Adriaküste auf westdeutsche Bildschirme projiziert wird.

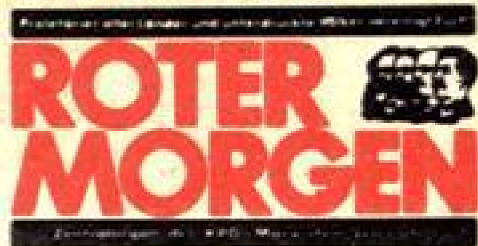
***

Freitag, 20. April, 22.50 Uhr, Nord III:
Ernst Busch und sein Jahrhundert. Sendung über den berühmten proletarischen Sänger und Schauspieler Ernst Busch.

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag
Roter Morgen
Postfach 300526

4600 Dortmund 30



Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. .....

○ für 1 Jahr ○ für 1/2 Jahr ○ Probenummer

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Unterschrift: .... Datum: ....
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Die Zahlung erfolgt:
○ jährlich **DM 30,00** ○ halbjährlich **DM 15,00**

Die jeweiligen Gebühren werden mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. um 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements). Kündigungen, die nach dieser Frist eingehen, werden nicht berücksichtigt.

Parteibüros der KPD/ML und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.
ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML, REDAKTION „ROTER MORGEN", 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 und 433692.

5100 **AACHEN,** Viktoriastr. 35, geöffnet: Di 16.30-18.30, Fr 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4800 **BIELEFELD** 1, Parteibüro der KPD/ML, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr

4630 **BOCHUM,** Parteibüro der KPD/ML, Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 511537, geöffnet: Do 16.00-18.30 Uhr.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 393888, geöffnet: Mo, Mi, Do 16.00-18.00, Sa 10.00-13.00 Uhr.

6100 **DARMSTADT,** Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit", Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16.00-18.30, Mi 12.00-13.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4600 **DORTMUND** 30 (Hörde), Parteibüro der KPD/ML, Wellinghofer Straße 103, Tel.: 0231 / 433691 u. 433692, geöffnet: Mo-Fr 14.00-18.00, Sa 9.00-14.00 Uhr.

4100 **DUISBURG** 11 (Hamborn), Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Bücherstube", Alleestr. 49, Tel.: 0203 / 550623, geöffnet: Mo-Fr 9.00-13.00 u. 15.00-18.30, Sa. 9.00-14.00 Uhr.

4300 **ESSEN,** Kontaktmöglichkeit zur Partei: Helenenstr. 35, Tel.: 0201 / 624299, geöffnet: Do 16.00-18.30 Uhr.

2390 **FLENSBURG** (Duburg), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Burgstr. 5, geöffnet: Sa 10.00-12.00 Uhr, Tel.: 0461 / 29601.

6000 **FRANKFURT** (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 0611 / 771200, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

7800 **FREIBURG,** Parteibüro der KPD/ML, Klarastr. 29, geöffnet: Di u. Do 17.00-19.00 Uhr, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen", Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 4300709, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

3000 **HANNOVER,** Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511 / 445162, geöffnet: Di-Do 17.00-19.00, Sa 9.00-13.00 Uhr.

7100 **HEILBRONN,** Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Ernst-Thälmann"-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di u Fr 17.00-19.00 Uhr.

3500 **KASSEL,** Kontaktmöglichkeit zur Partei: Arbeiterbuchladen „Klartext", Mittelgasse 9, Tel.: 0561 / 16507, geöffnet: Mi-Fr 15.30-18.00, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2300 **KIEL** 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 567702, geöffnet: Mo-Mi u. Fr 9.00-13.00 u. 15.00-18.00, Do 9.00-13.00 u. 15.00-18.30, Sa. 9.00-13.00 Uhr.

5000 **KÖLN** 91, Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221 / 854124, geöffnet: Mo, Di, Do, Fr 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

6700 **LUDWIGSHAFEN** (Friesenheim), Buchhandlung „Neue Zeit", Ruthenstr. 1, Tel.: 0621 / 697109, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9.30-13.00 Uhr.

8000 **MÜNCHEN** 5, Buchhandlung „Roter Morgen", Frauenhoferstraße 13, Tel.: 089 / 2607554, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

8500 **NÜRNBERG,** Parteibüro der KPD/ML, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911 / 438043, geöffnet: Mi-Fr 17.00-19.00, Sa 10.00-14.00 Uhr.

7000 **STUTTGART** 1, Parteibüro der KPD/ML, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432388, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Westberlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 4653966, geöffnet: Mo, Di, Do u. Fr 11.00-18.00, Mi 15.00-18.00 u. Sa 10.00-13.00 Uhr.